

können und in 2019 einfach einmal weniger Geld ausgeben können. Dann wären Sie in 2019 bei den veranschlagten Ausgaben aus Ihrer letzten Finanzplanung geblieben, und der Überschuss fiel auch deutlich größer aus als die 30 Millionen Euro.

Schauen wir uns doch einmal die Verschuldung in NRW an. Ende 2017 lag in NRW die Pro-Kopf-Verschuldung bei knapp 7.800 Euro – und damit weit über dem Durchschnitt aller westdeutschen Flächenländer; denn diese waren nur mit etwa 5.700 Euro pro Kopf verschuldet. Wir wissen, Herr Lienenkämper, dass der aktuelle Verschuldungsstand nicht Ihre Schuld ist. Das ist die Schuld von Rot-Grün.

(Beifall von der AfD)

Es ist aber Ihre Schuld, wenn das so bleibt, Herr Lienenkämper. Sie lassen diese historische Chance ungenutzt.

Angesichts von niedrigen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen hatten Sie die Chance, den Negativtrend zu verlassen. Die schlechten Zeiten kommen irgendwann – schneller, als man denkt. Wenn Sie aber jetzt schon den Haushalt auf Kante genäht haben, bleibt Ihnen bei einer Krise keine Luft mehr zum Atmen. Wenn Sie in diesem Schneckentempo Schulden abbauen, werden nicht einmal die Enkelkinder Ihrer Enkelkinder das Ende der Verschuldung erleben.

Wann wollen Sie denn anfangen, wirklich zu konsolidieren? Wann, wenn nicht jetzt? – Danke.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen erstens über die **Überweisung** des Haushaltsgesetzes 2019 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des **Gesetzentwurfs Drucksache 17/3300 – Haushaltsgesetz 2019** – sowie der **Finanzplanung Drucksache 16/3301** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – **sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.**

Ich lasse über diese Überweisungsempfehlung abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Kollegen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zweitens stimmen wir über die Überweisung des Haushaltsbegleitgesetzes 2019 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/3303 – Haushaltsbegleitgesetz 2019** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – **sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.**

Wer diesem Beschlussvorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Kollegen. Damit ist diese Überweisungsempfehlung, da es keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen gibt, einstimmig angenommen.

Drittens stimmen wir über die Überweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/3302 – Gemeindefinanzierungsgesetz 2019** – an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – **sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.**

Wenn Sie dieser Überweisungsempfehlung folgen wollen, bitte ich Sie um das Handzeichen. – Das sind die Kollegen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Kollegen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Viertens stimmen wir über die Überweisung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018 ab. Auch hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/3400 – Nachtragshaushaltsgesetz 2018** – an den **Haushalts- und Finanzausschuss mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.**

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Kollegen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Ich rufe auf:

3 Für einen sicheren Schulweg – Schülerlotsen und die Verkehrserziehung unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3527

Meine Damen und Herren, bitte erheben Sie sich zu Ehren der Opfer, der Hinterbliebenen und der Verletzten für einen Moment des Gedenkens von Ihren Plätzen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

30 Jahre später ist es daher mehr als an der Zeit, das damals unentschuldig Versäumte nachzuholen und Verantwortung zu übernehmen.

Das Land Bremen und die Bremische Bürgerschaft haben in diesem Jahr eine Initiative ergriffen, die uns hier in Nordrhein-Westfalen Vorbild und Ansporn zugleich ist. Die parlamentarische Aufarbeitung des Geschehens erfolgte dort schon zeitnah zu den Ereignissen im politischen Konsens und mit politischen Schlussfolgerungen.

In Nordrhein-Westfalen kann dieser Konsens erst jetzt, 30 Jahre später, erzielt werden.

Der damals eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss legte nach eineinhalb Jahren seinen Abschlussbericht vor. Er enthielt viele Einzelheiten und viele Feststellungen. Das Eingeständnis eigener Schuld, eigener Fehler kam den nordrhein-westfälischen Behörden und Entscheidungsträgern damals nicht über die Lippen.

Umso dankbarer bin ich den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen dafür, dass sie die Initiative des Ministerpräsidenten aufgegriffen haben, zu einer einvernehmlichen Einschätzung der damaligen Vorgänge gekommen sind und schließlich die nunmehr zu verabschiedende Resolution vorlegen, die laut Pressemeldungen sogar einstimmig verabschiedet werden könnte. Selbstverständlich ist dies auch heute noch nicht.

Ohne Zweifel haben wir aus Gladbeck gelernt. Das Presserecht wurde verschärft. Das Untersuchungsausschussrecht im Landtag wurde novelliert. Die einschlägigen Polizeidienstvorschriften wurden im Lichte der Geiselnahme präzisiert, die Einsatztaktiken überarbeitet und die Zuständigkeiten auch bei länderübergreifenden Fällen neu geregelt.

Lassen Sie uns heute den letzten, den wichtigsten Schritt gehen: der Opfer in Würde gedenken, als Repräsentanten dieses unseres Landes Verantwortung anerkennen und wahrnehmen sowie die Hinterbliebenen und alle weiteren Betroffenen um Vergebung bitten, soweit dies möglich ist.

Die Begriffe „Verantwortung“, „Selbstbegrenzung“ und „Würde“ geben den Rahmen vor – damals, aber erst recht heute. Das zeigt das Gefühl der Bevölkerung in Bezug auf das in Gladbeck Geschehene. Die fraktionsübergreifende Resolution bekennt sich vor

diesem Hintergrund auch zu Fehlern der Einsatzkräfte und zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich rufe alle politischen Kräfte dazu auf, Verantwortung zu übernehmen – für ihr Handeln, aber auch für ihre Worte und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mit dieser Vorsicht, mit Besonnenheit und mit Verantwortung in die Tagesordnung eintreten. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

1 30 Jahre Geiselnahme von Gladbeck – Opfern und Angehörigen gedenken und sich der Verantwortung stellen

Resolution
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3582

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt der Resolution. Wer dieser Resolution zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Resolution Drucksache 17/3582** einstimmig angenommen worden. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2018 bis 2022

Drucksache 17/3301

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3303

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3302

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3400

erste Lesung

Zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2019, des Haushaltsbegleitgesetzes 2019, der Finanzplanung sowie des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018 erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 markiert einen Wendepunkt. Nordrhein-Westfalen schreibt endlich wieder schwarze Zahlen. Zum ersten Mal seit 1973 weist der Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen ein Überschuss auf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Solide Finanzen bilden die Grundlage für den beginnenden Aufstieg unseres Landes.

Meine Damen und Herren, unsere Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten hält Wort: keine neuen Schulden mehr. Das galt bereits für den ersten Gestaltungshaushalt 2018. Der erste Erfolg auf der Strecke war die gelungene Vollbremsung.

Der zweite Erfolg ist die Haushaltswende, die wir jetzt einleiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bereits ab dem kommenden Jahr können wir mit höheren Überschüssen planen. Dieser Wendepunkt war der zweite Erfolg. Wir haben das Lenkrad gedreht. Wir haben die Gänge richtig eingelegt. Wir haben die Kurve bekommen. Jetzt wird langsam beschleunigt. Es bewegt sich etwas in Nordrhein-Westfalen – und es bewegt sich vieles in die richtige Richtung: raus aus der abschüssigen Talfahrt den Abhang herunter wieder aufwärts. Nordrhein-Westfalen kommt zurück nach oben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nicht ohne Grund bewerten auch unabhängige Ratingagenturen die finanzpolitischen Aussichten für unser Land erstmals seit 13 Jahren wieder besser. Dieses Land verfügt über sehr viele PS, die wir jetzt auf die Straße zurückbringen.

Der erste geplante Haushalt mit Gestaltungsspielraum setzt Anreize dafür, dass jede und jeder in Nordrhein-Westfalen aufsteigen kann – nicht ohne eigenen Fleiß und nicht ohne eigene Leistung. Wir bieten aber einen Weg für optimale Chancen. Es geht – und das ist der Kern unserer Politik in der Landesregierung – ums Zutrauen, und es geht ums Ermöglichen.

Keine Frage: Um die notwendigen Voraussetzungen für eine solche moderne soziale Marktwirtschaft zu schaffen, braucht es noch vieles. Der Reparaturbedarf in Nordrhein-Westfalen ist weiterhin groß. Wir konsolidieren, modernisieren und investieren mit dem Haushalt 2019 weiter und erwirtschaften zugleich ein Plus.

Dabei ist unsere Richtschnur eine haushaltspolitische Kultur der Verantwortung, wie es sie in Nordrhein-Westfalen in der Zeit bis 1973 schon einmal gab, als Ministerpräsident Franz Meyers harte Arbeit und Sparsamkeit zum Markenzeichen dieses Landes erhoben hat. Die Landeshaushalte spiegelten das wider. Dennoch zeigt die zeitgleiche Gründung der Universität Bochum – der Start der Bildungsexpansion –: Konsolidierung und Aufstieg schließen sich nicht aus; ganz im Gegenteil. – Genau daran sollten wir uns erinnern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade jetzt, wo wir die Haushaltswende geschafft haben, gilt: Wir müssen uns darauf konzentrieren, was notwendig ist, und sollten nicht den Fehler machen, die Staatsquote zu steigern.

Deshalb prüfen wir die Beteiligungen des Landes nach klaren Kriterien, deshalb setzen wir auf den Systemwechsel im Immobilienmanagement des Landes, und deshalb konsolidieren auch weiter. Nach 131 Millionen Euro im Jahr 2018 werden im kommenden Jahr 2019 insgesamt 185 Millionen Euro weniger

ausgegeben. Das bedeutet: Sparsames Wirtschaften bleibt die DNA dieser Regierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zusätzliche Gelder aus dem Haushaltsvollzug 2018 stellen wir dem Haushaltsgesetzgeber über den Weg eines Nachtragshaushaltes für 2019 zusätzlich zur Verfügung.

Übrigens: Maßhalten beugt sozialen Schiefen aber am besten vor. Allein die derzeit jährlich rund 2,5 Milliarden Euro für Zinszahlungen entsprechen im Haushalt 2019 einem Gegenwert von fast 80 % der Ausgaben für Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, mehr als 60 % der Ausgaben für die 37 Hochschulen in staatlicher Trägerschaft oder auch 570 km Landstraßen in Nordrhein-Westfalen – mehr als einmal von Aachen nach Detmold und wieder zurück.

Das zeigt, dass die über Jahrzehnte angehäufte Schuldenlast unser Land einengt. Deswegen beginnen wir jetzt damit, alte Schulden zu tilgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gleichzeitig mahnt das auch zu mehr haushaltspolitischer Verantwortung für die Zukunft. Größere finanzielle Spielräume dürfen nicht wieder zu einer Kultur des Laissez-faire führen.

Kein anderes Beispiel verdeutlicht das so gut wie die WestLB. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss sprach im letzten Jahr leider zu Recht von einer Hinterlassenschaft von Milliardenlasten.

Nicht ohne Ironie ist übrigens die Tatsache, dass auch hier das Jahr 1973 einen negativen Wendepunkt markierte. Die damals noch junge Bank verzockte 1973 ihren Jahresgewinn durch Devisenspekulationen.

In den nachfolgenden Jahrzehnten häuften sich die Skandale. Die Nähe zwischen der damaligen Landespolitik und der Landesbank ist geradezu legendär. Über Jahrzehnte drehten die Herren am Stammsitz der WestLB in Düsseldorf das ganz große Rad – in der Vorstandsetage, in der Kellerbar, dem sogenannten Tresörchen.

Der Ruf der Landesbank wurde sogar Stoff für internationale Bestseller. Nordrhein-Westfalen schafft es nicht so oft in die internationale Bücherwelt. Aber in Michael Lewis' Buch „The Big Short“ wird der Protagonist auf dem Höhepunkt der amerikanischen Immobilienblase gefragt, wer in aller Welt die Wertpapiere noch kaufe, die an der Wall Street eilig aus Schrotthypotheken gebastelt worden seien. Die Antwort lautet genauso knapp wie vielsagend: Düsseldorf.

Das hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zutreffend herausgearbeitet. Zitat:

„Weitere noch nicht absehbare Belastungen bedingt durch die Abwicklung der WestLB sind zu erwarten.“

Vielleicht hatte der römische Dichter Ovid eine Vorahnung, als er sagte:

„Die Tat wird vergessen, doch das Ergebnis bleibt bestehen.“

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Ergebnis beschäftigt uns weiter. Die erfolgreiche Arbeit der Ersten Abwicklungsanstalt sorgt für eine erhebliche Risikominimierung. Die NRW.BANK landete jüngst sowohl im Stresstest der Europäischen Zentralbank als auch bei einer großen Bankenvergleichsstudie auf Platz eins.

Die toxische Hinterlassenschaft der WestLB schlägt aber auf den Haushalt 2019 mit 314 Millionen Euro durch, weil das einst von Finanzminister Helmut Linsen gegründete Sondervermögen nicht mehr ausreicht. Das ist der bittere Nachgeschmack einer haushaltspolitischen Kultur der Vergangenheit – einer Kultur, in der einige wenige sich selbst viel zu viel zugetraut haben; einer Kultur, in der sie damit am Ende die Möglichkeiten der Menschen in unserem Land Nordrhein-Westfalen eingeschränkt haben.

Ich sage Ihnen heute in aller Deutlichkeit: Das sollte ganz genau umgekehrt sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

„Der Staat darf nicht lenken, er soll Bedingungen schaffen, aber nicht Individualisten formen.“

Dieses Zitat stammt von Woodrow Wilson – aus einer Zeit, in der amerikanische Präsidenten anstelle von Twitter-Meldungen noch nachdenkliche Bücher schrieben.

Der Staat muss für diejenigen da sein, die auf Solidarität angewiesen sind. Aber er darf nicht dauernd ins Steuer greifen, er darf nicht alles besser wissen, und er darf sich dabei nicht übernehmen.

Meine Damen und Herren, deswegen vertrauen wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir trauen ihnen am besten zu, selber die Zukunft zu gestalten. Die Menschen sitzen am Steuer; sie lenken.

Daher ist auch völlig klar: Die besten Ideen für unser 18-Millionen-Einwohner-Land sind nicht im Tresörchen und auch nicht an irgendeinem Schreibtisch in Düsseldorf entstanden, sondern entstehen vor Ort.

Deshalb setzen wir in unserem Haushalt 2019 auf die Kraft der Subsidiarität auch im Hinblick auf unsere Kommunen. Daher erhalten die Kommunen mit insgesamt 12,07 Milliarden Euro 365 Millionen Euro mehr als im Vorjahr 2018.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zutrauen bestimmt übrigens auch das Verhältnis zur nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Deshalb setzen wir auf eine Entfesselungspolitik. Wir setzen auf Investitionen, die wir darauf konzentrieren, schnell wieder auf die Überholspur zu kommen – angefangen bei der Verkehrsinfrastruktur.

Sie wissen: Eine Straße zu bauen, dauert viele Tage – und, weil es diese Landesregierung forciert, künftig endlich auch wieder viele Nächte. Dennoch endet Durchstarten in Nordrhein-Westfalen noch viel zu oft im Stau. Der Grund liegt nicht nur im Bau; er liegt im Vorfeld.

Deswegen stärken wir Planungs- und Genehmigungsverfahren. Der Landesbetrieb Straßenbau erhält daher mit dem neuen Haushalt allein rund 50 zusätzliche Stellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Oder Elektromobilität: Wie sich die PS-Stärke Nordrhein-Westfalens ganz praktisch auf die Straße bringen lässt, zeigt der StreetScooter – eine echte Start-up-Erfolgsgeschichte, hervorgegangen aus dem Umfeld der RWTH Aachen. Heute werden an zwei Standorten in Nordrhein-Westfalen Kapazitäten von 20.000 Stück pro Jahr hergestellt.

Wir stellen mit dem Haushalt 2019 deshalb zusätzliche 82 Millionen Euro für Energieeffizienz, Energieforschung und Elektromobilität bereit. Das ist Modernisierung für Nordrhein-Westfalen, die wir dringend brauchen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ohne optimale digitale Rahmenbedingungen kann heute niemand mehr Gas geben. Deshalb erhöhen wir mit dem Haushalt 2019 die Mittel für besonders vielversprechende Bereiche auf dem Gebiet der Digitalisierung um insgesamt 127 Millionen Euro.

Wir haben ein klares Ziel: Wir wollen bis zum Jahr 2025 insgesamt mehr als 2 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen. Damit wollen wir insgesamt 7 Milliarden Euro an Investitionen heben. Die digitale Wüste in Nordrhein-Westfalen muss aufhören. Wir wollen mit einer Digitalisierungsstrategie in die Zukunft gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Übrigens müssen, ob digital oder analog, dieselben Voraussetzungen bei einer fairen Besteuerung für Dienstleistungen gelten. Nordrhein-Westfalen kann sie aber nicht alleine schaffen. Das funktioniert nur global.

Gerade heute heißt es also: vorausschauend fahren und die Perspektiven weiten. Daher konzentrieren wir uns nicht nur auf die paar Meter, die direkt vor uns liegen, sondern auf die ganze Landschaft.

Deshalb zeigen wir endlich wieder viel mehr Präsenz in Brüssel. Das ist für unser Land Nordrhein-Westfalen etwas ganz Entscheidendes. Ein starkes Europa dient unserem Land Nordrhein-Westfalen im Herzen von Europa. „Mehr Europa im Interesse von Nordrhein-Westfalen“ ist die Antwort. Wir sorgen für ein größeres Gewicht von Nordrhein-Westfalen in Brüssel, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe gesagt, dass wir Aufstieg ermöglichen wollen. Genau deswegen stärken wir die Mitte unserer Gesellschaft. Das sind diejenigen, die sich an Regeln halten. Das sind diejenigen, die die Gesellschaft zusammenhalten – ob im Ehrenamt, in Familien oder an ganz anderen Stellen. Diese Menschen beweisen jeden Tag, was ihnen zuzutrauen ist.

Übrigens ist das Letzte, was wir brauchen, ein Ausbremsen mit neuen Anträgen und neuen Richtlinien. Genau diese Menschen in der Mitte der Gesellschaft brauchen weniger Last.

Deshalb hat Nordrhein-Westfalen im Bundesrat maßvolle steuerliche Entlastungen in Höhe von rund 800 Millionen Euro bundesweit pro Jahr für genau die Mitte der Gesellschaft vorgeschlagen. Ich hoffe sehr, dass wir da in Berlin bald Konkretes sehen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eine moderne soziale Marktwirtschaft benötigt übrigens eine staatliche Finanzarchitektur, die den Menschen Raum lässt und ihnen etwas zutraut; denn die Menschen sind die echten Zukunftsmacher.

Aber Zutrauen alleine reicht nicht. Neue Räume mit Leben zu füllen, muss auch ermöglicht werden. Leistung muss auch möglich sein. Der beste Fahrer und das schnellste Auto kommen nicht weit, wenn es keine Traktion gibt – erst recht nicht bergauf.

Deswegen lautet auch eine der Kernbotschaften der sozialen Marktwirtschaft: Egal, woher du kommst, wenn du viel lernst und hart arbeitest, wird es dir gut gehen. – Das bringt das auf den Punkt, was gerade in Nordrhein-Westfalen über viele Jahrzehnte hinweg Bestand hatte.

Irgendwann übernahm der Staat dann vieles. Vor allem übernahm der Staat sich selbst, und zwar doppelt, sowohl finanziell als auch von der geschürten Erwartung her, der Staat werde am Ende alles schon irgendwie richten. Aber richten müssen am Ende des Tages die Menschen doch alles selber.

Diejenigen, die Gas geben wollten, haben immer häufiger feststellen müssen, dass der Boden rutschiger und unsicherer wird. Nicht die Aussicht auf den Aufstieg wuchs in Nordrhein-Westfalen, sondern die Sorge vor dem Abrutschen nach unten. Nichts macht das so deutlich wie die Bildungspolitik, angefangen übrigens bei den Kleinsten.

Die Lage in den Kitas war bei der Regierungsübernahme 2017 schlichtweg katastrophal. Nordrhein-Westfalen war fast überall Schlusslicht; die Klippe war fast schon erreicht. Wir haben dann ein Kita-Rettungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro aufgelegt. Mit dem Haushalt 2019 stärken wir die Kitas weiter durch eine Übergangsförderung von 150 Millionen Euro. Parallel arbeiten wir mit Vollgas am neuen Kinderbildungsgesetz, um endlich dauerhaft eine belastbare Grundlage zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, in den sieben Jahren der Vorgängerregierung haben wir gesehen, dass Ihre Bemühungen für die Kinder in unserer Gesellschaft erfolglos geblieben sind. Das werden wir jetzt umdrehen, auch da die Wende schaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb entstehen in unseren ersten beiden Haushaltsjahren 2018 und 2019 mehr als 47.500 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze. Deswegen haben wir auch in der Schule gegengesteuert.

Das sieht man an den getroffenen Leitentscheidungen zur Inklusion und zu G9, wo der Wirrwarr und die Politik mit der Brechstange wirklich beendet wurden.

Das erkennt man aber auch an den Haushaltsdaten. Wir sorgen für genügend Lehrerinnen und Lehrer. Nordrhein-Westfalen ermöglicht in kurzer Zeit mehr als 9.000 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Das ist die richtige Politik für unsere Schulen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zudem profitieren die Familien von insgesamt rund 16.000 neuen Ganztagsplätzen im Primarbereich in nur zwei Haushaltsjahren. Damit stehen insgesamt 323.100 Plätze in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Verfügung. Das ist ein riesiger Schritt, um möglichst allen jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen den Weg nach oben zu ermöglichen, gerade auch den Schülerinnen und Schülern mit schwierigen Startbedingungen. Deswegen fördern wir ganz spezifisch die Talentschulen.

Dasselbe gilt für die Hochschulen. Die Hochschulen erhalten mit dem Haushalt 2019 insgesamt 335 Millionen Euro zusätzlich für Personal und für Sachmittel. Beste Bildung von der Kita bis zur Uni soll zu einem Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen werden, zu einem Markenzeichen des neuen Aufsteigerlandes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer nicht weiß, wo er herkommt, der kann sich nicht auf neuen Pfaden orientieren. Deshalb haben wir bei Kultur und Geschichte eine Wende um 180 Grad vollzogen. Der Kulturretat steigt erneut um weitere 20 Millionen Euro, auch weil wir in den gesellschaftlichen Debatten der heutigen Zeit, in denen es immer mehr um Polarisierung und Zuspitzung geht, diejenigen

unterstützen müssen, die unsere Gesellschaft im inneren Kern zusammenhalten wollen. Das ist ganz zentral im Bereich der Kultur der Fall. Deswegen bin ich froh, dass es uns gelungen ist, den Kulturretat so deutlich zu steigern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren gelitten. Das zu beschreiben ist mir wichtig. In genau solch einem Klima wachsen Ressentiments, auch bei denen, die sonst nicht dazu neigen. Ohne Sicherheit gibt es keinen Weg nach oben. Deswegen müssen wir mehr Sicherheit ermöglichen. In einer solchen Lage leisten gerade Polizistinnen und Polizisten mit Besonnenheit, mit Mut und mit Entschlossenheit Großartiges für unser Land. Sie halten ihren Kopf für uns hin, und deswegen verdienen sie unsere vollste Unterstützung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das betrifft die Ausstattung. Deshalb erhalten Polizistinnen und Polizisten künftig ballistische Schutzhelme für bestimmte Einsatzlagen.

Das betrifft aber auch die Anzahl der Stellen. Wir schaffen knapp 600 zusätzliche Stellen bei der Polizei. Mit dem Haushalt 2019 können insgesamt 2.400 Einstellungsermächtigungen für junge Kommissarinnen und -anwärter pro Jahr ermöglicht werden. Das sind 400 mehr als von der Vorgängerregierung geplant, es sind sogar noch 100 mehr, als man lange für möglich gehalten hat. Herbert Reul hat das geschafft: 2.400 Einstellungsermächtigungen für unsere Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist eine gute Nachricht für die Polizei und für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es ist auch eine gute Nachricht für die jungen Menschen in unserem Land, die beim beliebtesten Arbeitgeber in Deutschland anfangen wollen.

Mit dem Haushalt für das Jahr 2019 stärken wir die nordrhein-westfälische Justiz – knapp 400 neue Stellen –, sodass zusammen mit dem Haushalt für das Jahr 2018 mehr als 1.500 neue Stellen bei der Justiz entstehen.

Ich kann mit großer Überzeugung sagen – und das haben wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen im Wahlkampf versprochen –: Wir wollen ein sicheres Umfeld für jeden schaffen. Wir wollen ermöglichen, dass jeder in Nordrhein-Westfalen in Sicherheit leben kann.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Keine Chance!)

Mit dem Haushalt 2019 gelingt es uns endlich, die innere Sicherheit in unserem Land dramatisch zu steigern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kurzum: Mit dem Haushalt 2019 gelingt erstmals seit 1973 die Haushaltswende hin zu Überschüssen und zu neuen Gestaltungsspielräumen. Das PS-stärkste Modell Deutschlands rollt endlich wieder in die richtige Richtung, und es geht aufwärts in Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen uns wieder etwas zutrauen, Raum lassen für gute Ideen vor Ort, zum Beispiel den vielen mittelständischen Unternehmen an Rhein, Ruhr und Lippe. Sie wollen wir stärken, indem der Staat seine begrenzten Ressourcen klug einsetzt. Wir wollen uns auf das Wesentliche konzentrieren, nämlich jeder und jedem in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, auf dem Weg des Landes nach oben mitzukommen.

Die moderne soziale Marktwirtschaft fußt auf einer haushaltspolitischen Kultur, die die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen hat, einer Verantwortungskultur im besten Sinne.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist übrigens nicht trotz, sondern wegen der erzielten Überschüsse so. Denn niemand sollte vergessen: Die Überschüsse gehören den Menschen in Nordrhein-Westfalen; die haben sie erwirtschaftet. Deshalb dürfen sie erwarten, dass der Wagen wieder sicher ist und ohne unnötigen Ballast in die richtige Richtung rollt.

Jede und jeder in Nordrhein-Westfalen muss auch spüren, dass es wieder bergauf geht, dass es sich lohnt, Gas zu geben. Ich bin sicher, dass dieser Haushalt dazu beitragen wird, Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland zu machen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Ich eröffne damit die Aussprache und erteile für die SPD Herrn Kutschaty das Wort.

(Beifall von der SPD)

Thomas Kutschaty (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Lienenkämper, nach Ihrer Rede habe ich keinen Zweifel mehr: Sie sind selbst Ihr größter Fan.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Sie jonglieren hier mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger und wissen nicht, wohin Sie die Bälle werfen wollen. Zum Schuldenabbau? Vielleicht ein bisschen, aber nicht gescheit. Mut für große Investitionen in die Zukunft? Fehlanzeige! Um in Ihrer Autosprache zu bleiben: Sie geben nicht Gas, Sie schlingern hin und her und wissen nicht, wohin die

Reise gehen soll. Kurzum: viel Geld, wenige Ideen, Herr Lienenkämper.

(Beifall von der SPD)

Warum gefallen Sie sich sonst noch so gut? Weil Ihnen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unseres Landes in diesem Jahr wahrscheinlich 1,8 Milliarden Euro mehr überweisen werden als im Vorjahr. 1,8 Milliarden Euro, und trotzdem schaffen Sie es nicht, Ihre selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Sie kommen mir vor wie ein Mathelehrer, der seine eigene Klausur nicht bestehen würde, Herr Lienenkämper. Es sei denn, die Klausur würde von Herrn Laschet korrigiert, dann könnte es vielleicht klappen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Sie behaupten hier, Sie würden im Jahr 2019 ohne neue Kredite auskommen. Das ist doch nicht wahr! Sie haben doch schon im Vorfeld, im Jahr 2017 getrickst, um das heute sagen zu können. Ich erinnere daran, dass Sie 1 Milliarde Euro zusätzliche Kredite im Jahr 2017 aufgenommen, das Geld teilweise an den BLB verschoben und den BLB dann verpflichtet haben, es Ihnen in diesem Jahr wieder zurückzuzahlen. Damals wollten Sie behaupten, das seien noch rot-grüne Schulden gewesen. Mit dem Nachtragshaushalt heute wissen wir: Es war Ihre persönliche Eitelkeit, und die 537 Millionen Euro, die heute dazu kommen, sind nötig, damit Sie nicht im Minus landen. Die Wahrheit ist, Herr Lienenkämper: Ihr Haushalt ist schuldenfinanziert.

(Beifall von der SPD)

Dann wollen Sie uns hier weismachen, Sie hätten eine Trendwende in der Finanzpolitik eingeleitet. Jetzt kommt Lutz Lienenkämper, und jetzt ist die Trendwende da. Die Wahrheit ist: Nichts dergleichen haben Sie getan, gar nichts. Es ist allein die gute Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen, die 1,8 Milliarden Euro in die Landeskasse spült. Diese Steuern machen den Finanzminister zum Empfänger eines leistungslosen Einkommens – leistungslos deshalb, weil Sie überhaupt nichts zur Wirtschaftslage beigetragen haben, Herr Lienenkämper.

(Beifall von der SPD)

Sie wollen sich hier für einen vermeintlichen Haushaltsüberschuss von 30 Millionen Euro feiern lassen und sind ein bisschen eingeschnappt, wenn der Applaus des Publikums nur müde tröpfelt. Woran mag das liegen, Herr Lienenkämper? Mitnichten sind Sie der erste Finanzminister, der seit 1973 einen ausgeglichenen Haushalt hinlegt; der erste war Norbert Walter-Borjans.

(Beifall von der SPD)

Er konnte im Jahr 2016 einen Haushaltsüberschuss von 217 Millionen Euro erwirtschaften, und das unter

ganz anderen Rahmenbedingungen. Der sozialdemokratische Finanzminister hatte damals 6 Milliarden Euro weniger Einnahmen als der konservative Finanzminister heute. Dennoch hat Norbert Walter Borjans siebenmal mehr zur Haushaltssanierung beigetragen als Sie, Herr Lienenkämper. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD)

Ich habe aber noch in Erinnerung, was Herr Laschet damals zu den 217 Millionen Euro Überschuss sagte. Herr Laschet, erinnern Sie sich noch? Sie erklärten, das sei völlig unzureichend und ambitionslos. Herr Laschet, wie nennen Sie dann die 30 Millionen Euro Ihres Finanzministers heute?

(Beifall, Zurufe und Heiterkeit von der SPD)

Was, Herr Laschet, ist die siebenfache Steigerung von „völlig unzureichend und ambitionslos“? Ich will Ihnen sagen, wie die siebenfache Steigerung von „völlig unzureichend und ambitionslos“ lautet, nämlich: „Armin Laschet und Lutz Lienenkämper“.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Dann hatten Sie, Herr Laschet, in der letzten Legislaturperiode immer ein großes Vergnügen daran, Nordrhein-Westfalen in ein Ranking mit anderen Bundesländern zu stellen. Wie oft haben wir uns diese Bundesländervergleiche anhören müssen? Ich glaube, das könnte jetzt auch mein Hobby werden, Herr Laschet.

(Heiterkeit von der SPD)

Schauen wir uns einmal die Schuldentilgung in anderen Bundesländern an. Hamburg wird 450 Millionen Euro tilgen, fast 15-mal so viel wie Nordrhein-Westfalen. In Rheinland-Pfalz sind es 110 Millionen Euro, in Schleswig-Holstein 122 Millionen Euro, und selbst im kleinen Saarland werden mit 80 Millionen Euro fast dreimal so viele Schulden getilgt wie im großen Nordrhein-Westfalen. Aber mein Lieblingsbeispiel ist Berlin, Herr Laschet. Berlin rechnet mit einem Überschuss von mehr als 1 Milliarde Euro und plant, 900 Millionen Euro Schulden abzubauen. Ausgerechnet das rot-rot-grüne Berlin tilgt 30-mal so viel wie das schwarz-gelbe Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das ist eine derart demütigende Peinlichkeit, die ich Ihnen hier einfach nicht ersparen kann, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD)

Ihr Haushalt scheitert an den Leistungsvorgaben, die Sie selbst einmal formuliert haben. Sie nutzen die gute Finanzlage weder für einen Schuldenabbau noch für Investitionen, mit denen sich die größten Probleme unseres Landes lösen lassen würden.

Beispiel Lehrermangel: Ihr Haushalt sieht im Entwurf 1.000 neue Lehrerstellen vor. Das hört sich gut an,

wird aber wahrscheinlich nicht viel helfen. Denn Schulkinder werden nicht durch Stellen unterrichtet, sondern durch echte Lehrerinnen und Lehrer, und die bekommen Sie nicht, Herr Laschet.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Schon die 2.000 Lehrerstellen aus dem letzten Haushalt konnten Sie nicht besetzen. Mehrere Tausend Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen sind unbesetzt. Sie haben nicht den notwendigen Mut und die Entschlossenheit, um diesen Lehrermangel zu beheben.

(Beifall von der SPD)

Sie scheuen nämlich die notwendigen Reformen im Bereich der Lehrerbesoldung, die den Lehrerberuf wieder attraktiver machen könnten.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Warum haben wir denn heute einen Mangel an Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern?

(Moritz Körner [FDP]: Weil Sie den geschaffen haben! – Weitere Zurufe von der FDP – Widerspruch von der SPD – Unruhe – Glocke)

– Schreien Sie ruhig. Die Wahrheit trifft Sie härter als eine Verleumdung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns doch gemeinsame eine Reform der Lehrerbesoldung angehen. Ich kann doch heute keinem Grundschullehrer mehr erklären, warum er weniger verdienen soll als ein Gymnasiallehrer. Machen Sie mir doch einmal deutlich, warum das der Fall sein soll.

(Beifall von der SPD)

Deswegen sagen wir: Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen im Eingangsamtsamt in Zukunft mit A13 besoldet werden. Das ist nur gerecht und ein Ansporn, wieder Lehrerin oder Lehrer in diesem Land zu werden.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Aber ich befürchte, unter Schwarz-Gelb wird der Lehrermangel schlimmer und nicht besser werden. Die Anzahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden wird steigen. Das werden wir dank Frau Gebauer demnächst auch noch schulscharf nachweisen können. Einmal mehr wird die Regierung Laschet ein Versprechen brechen, da bin ich mir ziemlich sicher.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir uns einmal an, wo Sie trotz Rekordeinnahmen von 60 Milliarden Euro im kommenden Haushaltsjahr Einsparungen vornehmen wollen. Das geschieht zum Beispiel im Sozialbereich. Ausgerechnet bei den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege wollen Sie 2 Millionen Euro streichen.

Zum besseren Verständnis, damit wir alle wissen, worüber wir hier sprechen: Es geht um die Arbeiterwohlfahrt, den Caritasverband, den Paritätischen, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Vor Jahren hatten wir diese Idee – ich gebe es zu – auch schon mal. Damit lagen wir damals falsch und haben es deswegen korrigiert. Korrigieren Sie diese Idee bitte auch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Die allgemeinen Zuweisungen sind wichtig für die Verbände. Damit betreuen und schulen sie die Ehrenamtlichen, führen Sozial- und Betreuungsberatungen durch. Sie können doch nicht am Sonntag das Ehrenamt loben und am Montag die Gelder für die Förderung der Ehrenamtlichen kürzen. Das geht doch nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer bei 1.800 Millionen Euro Steuermehreinnahmen 2 Millionen Euro bei den Wohlfahrtsverbänden kürzen will, der hat aus der Nummer mit dem Sozialticket im letzten Jahr nichts gelernt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein besonders düsteres Kapitel Ihrer Marktentfesselungspolitik sind der Mieterschutz und der Wohnungsbau. Ich bin der Auffassung, dass sich eine Familie, in der eine Person regelmäßig arbeiten geht, eine vernünftige und gute Wohnung leisten können muss. Doch das ist in unserem Land nicht mehr der Fall. Viele Familien müssen heutzutage die Hälfte ihres Einkommens für Mietkosten aufbringen. Wenn sie das nicht können, dann müssen Sie Ihr Zuhause verlassen und umziehen.

Gutes Wohnen ist mittlerweile zum Luxusgut geworden. Das gilt längst nicht mehr nur für Geringverdiener, sondern mittlerweile auch für Familien aus der Einkommensmitte in Düsseldorf, Köln, Bielefeld, Münster, aber auch in ganz vielen anderen Städten unseres Landes.

Allein in Nordrhein-Westfalen müssten jedes Jahr, um diesen großen Wohnungsfehlbestand zu korrigieren, um die Nachfrage zu decken und die Preise zu drücken, 100.000 neue Wohnungen gebaut werden. Die Wohnungsnot ist geradezu ein lehrbuchartiger Fall von Marktversagen. – Da unterscheiden wir uns, Herr Lienenkämper. Wir sind der Auffassung: Mehr Markt hilft nicht mehr in diesem Bereich, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von der SPD)

Die Lage ist mancherorts so dramatisch, dass ein beherrschtes Eingreifen des Staates helfen kann. Ich danke der Bundesjustizministerin für neue Initiativen zum Mietpreisstopp und zur Stärkung von Mieterrechten. Wir brauchen massive Investitionen in den mietpreisgebundenen Wohnungsbau und gerade

kein Baukindergeld. Wir sollten auch – das fordern wir – über die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, die Wohnungen für Normalverdiener baut, nachdenken. Geben Sie es doch endlich zu: Der Verkauf der LEG vor zehn Jahren war ein großer Fehler.

(Beifall von der SPD und Horst Becker
[GRÜNE])

Sie wollen den 11 Millionen Mieterinnen und Mietern in unserem Land aber ganz offensichtlich nicht helfen. Sie lassen die Mieterinnen und Mieter im Stich. Stattdessen betreiben Sie eine lupenreine Klientelpolitik für Miethaie und Baulöwen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Horst Becker
[GRÜNE] – Widerspruch von der CDU)

Dass die Koalition darüber hinaus noch die Standards für die Barrierefreiheit in neuen Wohnungen abgesenkt hat, zeigt die Geringschätzung von Menschen mit Behinderung in diesem Land.

(Widerspruch von der CDU)

Sie machen sich auch aus ideologischen Gründen nicht auf den Weg, so viel in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, wie es möglich und nötig wäre. Mit Ihrem Haushalt gleichen Sie gerade die Mittel aus, die Sie im letzten Jahr reduziert haben. Peinlich ist das!

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zu einem weiteren Versprechen, das Sie im Wahlkampf abgegeben haben und mit diesem Haushalt nicht einlösen wollen. Sie wollten die Grunderwerbsteuer senken – das haben Sie großspurig angekündigt –, weil das ein Beitrag zur Wohnungsbaupolitik sei. Es würden keine Häuser mehr verkauft und gebaut, weil die Grunderwerbsteuer zu hoch sei. Das haben Sie immer gesagt.

Keine Spur von einer Senkung im Haushalt! Wann werden Sie Ihr Steuerversprechen einlösen, Herr Lienenkämper? Offensichtlich haben Sie festgestellt, dass die 3,38 Milliarden Euro doch eine ganz bequeme Einnahmequelle sind. Ich sage Ihnen, wann die Steuersenkung kommen wird: am Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie werden sie nicht umsetzen, Herr Lienenkämper.

(Beifall von der SPD und Horst Becker
[GRÜNE])

Die Landespolitik könnte eine ganze Menge für Familien in diesem Land tun, wenn sie denn wollte, und damit auch für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen. Ich spreche von der Gebührenfreiheit im Bildungssystem und ganz konkret von der Abschaffung der Kitagebühren. Davon profitieren alle Eltern, egal ob sie ein Haus kaufen oder bauen wollen oder ob sie zur Miete wohnen. Es heißt oft, die Abschaffung der

Kitagebühren begünstige nur Besserverdienende und schade der Bildungsqualität in den Kindertagesstätten.

Das ist Unsinn. Mit diesem Argument könnten Sie morgen auch wieder Schulgeld einführen; das wäre das Gleiche.

(Beifall von der SPD)

Es geht uns um die Entlastung der ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Mitte der Gesellschaft. Nehmen Sie das Beispiel eines jungen Ehepaars aus Coesfeld. Da war ich neulich, deswegen habe ich mir die Zahlen herausgesucht.

(Zuruf von der CDU: Warum haben Sie das gemacht?)

Er ist Industriekaufmann, sie ist Krankenschwester, zusammen haben sie ein Bruttojahreseinkommen von 60.000 Euro. Das ist ein ordentliches Einkommen, aber noch kein Spitzeneinkommen in diesem Land. Für die Betreuung ihrer zweijährigen Tochter muss dieses Ehepaar in Coesfeld 3.340 Euro im Jahr bezahlen. Eine Abschaffung der Gebühren würde die Familie über eine vierjährige Kitazeit um 13.000 Euro entlasten. Das sind doch vernünftige Entlastungen, da muss man doch mal ran.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimme ist: In diesem Land werden die Kitagebühren nicht nach der Leistungsfähigkeit der Eltern erhoben, sondern nach dem Wohnort. Ich hätte nie gedacht, dass mir ein Bekannter mal sagen würde, er ziehe mit seiner Familie von Duisburg nach Düsseldorf und spare dabei Geld. Das habe ich zunächst kaum für möglich gehalten. Es liegt daran, dass in der Stadt Duisburg – nicht weil der Rat und der Oberbürgermeister das so wollen, sondern weil sie finanziell dazu gezwungen sind – nicht unerhebliche Kitagebühren erhoben werden, während es in Düsseldorf, wie Sie alle wissen, deutlich anders aussieht. Sorgen Sie mit dem Haushalt doch wieder einmal für einheitliche Lebensverhältnisse in diesem Land! Das haben die Menschen verdient.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist mir schlechterdings unmöglich, über die Politik dieser Landesregierung zu sprechen, ohne ein Fehlverhalten anzuklagen, für das es in der Geschichte unseres Landes bislang kein Beispiel gibt. Ich spreche davon, dass der stellvertretende Ministerpräsident die Gerichte in unserem Land vorsätzlich belügt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Minister Stamp hat seinen Beamten und den nachgeordneten Behörden die Anweisung gegeben, das

Verwaltungsgericht Gelsenkirchen nicht wahrheitsgemäß zu informieren, unter anderem aus politischen Gründen.

(Dr. Joachim Stamp: Das stimmt nicht! – Zuruf von der FDP: Das hier ist absolut unnötig! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Stamp, dann erläutern Sie uns doch bitte, warum Sie eine Mail verschicken, in der „aus Sicherheitsgründen“ steht. Das kann man vielleicht noch nachvollziehen. Aber was sind die politischen Gründe dafür, ein Gericht über den Abschiebetermin im Unklaren zu lassen? Sie haben uns bis heute noch nicht erklärt, was das sein soll.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Beamten der Ausländerbehörde haben sich doch nicht einmal mehr ans Telefon getraut, als sie die Nummer des Gerichts im Display gesehen haben. Das ist ein ungeheuerlicher, rechtswidriger Vorgang, Herr Stamp.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Sie haben jahrelang nichts gemacht!)

Nicht umsonst haben der Bundespräsident, die Bundeskanzlerin und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts dieses Verhalten einheitlich verurteilt. Sie wollten einen politischen Coup, Herr Stamp. Sie wollten ein Exempel für Ihre Härte und Entschlossenheit statuieren. Der Preis, den Sie dafür zu zahlen bereit waren, war deutlich zu hoch, Herr Stamp. Das muss ich Ihnen an dieser Stelle sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Oberverwaltungsgericht bezeichnete Ihr Vorgehen als „evident rechtswidrig“. Ich sage Ihnen auch, und zwar sehr deutlich: Wir alle wollen Sami A. nicht wieder in Nordrhein-Westfalen haben.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Zuruf von der CDU: Das ist eine Lüge! – Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich!)

Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, sondern immer erklärt, dass wir nicht der Anwalt von Sami A. sind, aber der Anwalt unseres Rechtsstaats in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sollte er demnächst wieder in Nordrhein-Westfalen sein und in Bochum frei herumlaufen, ist das das Zeugnis eines einzigartigen Staatsversagens. Das ist Ihr Staatsversagen, Herr Stamp!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Das Staatsversagen heißt Jäger!)

Aber es wird noch besser. Eigentlich müsste ich sagen: Es wird noch schlimmer. Dann kam nämlich der

Auftritt des Innenministers. Herbert Reul griff das Gericht frontal an: Die Richter sollten künftig darauf achten, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Reul, ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Justiz darf keine Sympathiepunkte verteilen, sie ist an Recht und Gesetz gebunden – übrigens an die Gesetze, die wir ihr gegeben haben. Das sollten Sie als Innenminister eigentlich besser wissen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Was machte dann der Ministerpräsident? Er spielte den obersten Rechtsaufseher und behauptete wider besseres Wissen, wie ein trotziges Kind, sein Minister habe nach Recht und Gesetz gehandelt, und im Ergebnis könnten doch alle froh sein, dass der Gefährder außer Landes sei.

(Minister Herbert Reul: Wie kann man denn so etwas vortragen?)

Mit anderen Worten: Pfeif auf das Gericht; was rechtens ist, entscheide ich und nicht das Gericht. – Herr Laschet, so kann man nicht mit dem Rechtsstaat in Nordrhein-Westfalen umgehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Minister Stamp hat die Justiz wie einen politischen Gegner behandelt und die Gewaltenteilung verletzt. Sie haben die Anweisung gegeben, ein deutsches Gericht zu belügen. Sie haben die Anordnung des Gerichts missachtet und eine rechtswidrige Abschiebung nicht abrechnen lassen.

(Zurufe von der FDP: Unsinn! Verleumdung!)

Sie, Herr Minister Stamp, hätten allen Grund, zurückzutreten. Sie haben aber noch nicht einmal den Mut, sich dafür zu entschuldigen. Das ist eine Schande, Herr Stamp.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir leben in einer Zeit, die wahrscheinlich einmal als Bewährungsprobe für die liberale Demokratie in die Geschichte eingehen wird.

Wir erkennen diese Bewährungsprobe an vielen Symptomen: an dem Erstarken von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen; an einem Bundesinnenminister, der Migration die „Mutter aller Probleme“ nennt und damit 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger herabsetzt; an einem Chef des Bundesverfassungsschutzes, der rechte Verschwörungstheorien verbreitet; an Wutbürgern im Staatsdienst – ich meine damit nicht Nordrhein-Westfalen –, die Journalisten an ihrer Arbeit hindern; und an einer Landesregierung, die die Gerichte sabotiert und von der Jus-

tiz fordert, ihre Rechtsprechung möge sich am vermeintlichen Rechtsempfinden der Bevölkerung ausrichten.

Ja, meine Damen und Herren von CDU und FDP, das Handeln Ihrer Landesregierung ist ein Symptom der Krise und kein Beitrag zur Überwindung dieser Krise.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie mögen jetzt schimpfen, pöbeln, feixen und spotten, aber es wird der Tag kommen, an dem Sie sich für Ihr Verhalten schämen werden. Teile der FDP tun das Gott sei Dank schon heute.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber Sie setzen diese Methode auch an anderer Stelle ein. Ich komme jetzt zum Hambacher Forst.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

So wollen Sie den Menschen weismachen, Sie hätten die Baumhäuser im Hambacher Forst räumen lassen, weil Brandgefahr bestehe, Frau Scharrenbach.

In Wahrheit – lassen Sie es uns doch offen sagen – ist das eine Vorbereitungshandlung für die Rodung des Waldes. Dafür hätte ich sogar Verständnis. Ich weiß schließlich noch, was ich selbst dem Grunde nach damals mitentschieden habe.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

– Habe ich daran je einen Zweifel gelassen? – Nein. Überhaupt nicht. Deswegen lassen Sie uns doch den Menschen gegenüber mit offenen Karten spielen. Aber in einer solchen angespannten Stimmungslage kritisiere ich ausdrücklich, dass Sie den Menschen nicht das wahre Motiv Ihrer Handlungen nennen. Das mag juristisch kreativ, es mag vielleicht auch legal sein, aber es ist niemals legitim, die Menschen für dumm zu verkaufen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie so weitermachen, wird sich der Konflikt eher zuspitzen, weil die Menschen merken, dass Sie ihnen gegenüber nicht ehrlich sind.

Meine Damen und Herren, es fällt immer wieder auf, dass Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht die Wahrheit sagen: Sami A., Hambach, der angebliche Hackerangriff auf Frau Schulze Föcking und ein angeblich ausgeglichener Haushalt. Das sind alles keine handwerklichen Fehler, meine Damen und Herren, das ist Ihr gesamtes handwerkliches Können. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Das ist schlicht zu wenig für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Einzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Löttgen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Kutschaty, vier Bemerkungen zu Ihrer Rede eingangs:

Erstens. Es reicht bei Weitem nicht aus, Oppositionskritik aus den vergangenen Jahren einfach abzuschreiben und sie in neuer Verpackung hier zu verkaufen.

Zweitens. Seien Sie froh, Herr Kutschaty, dass die eigentliche Substanz Ihrer Kritik an der Haushaltsrede nicht an den Devisenmärkten gehandelt wird. Dann wäre sie vermutlich heute unter dem Kurs der türkischen Lira.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie aber in der Zeitung gelesen in einem anderen Zusammenhang!)

Drittens. Zum Thema „Kitagebühren und unterschiedliche Steuersätze in den Kommunen“: Ich hätte von Ihnen niemals an dieser Stelle eine so harsche Kritik an Ihrem eigenen Stärkungspakt erwartet.

(Christian Dahm [SPD]: Das ist doch Quatsch, völlig absurd! – Beifall von der CDU und der FDP)

Viertens. Zur Beurteilung, die Sie für den Fall Sami A. vorgenommen haben: Auch eine von der Opposition total vergeigte Sitzung des Rechtsausschusses, in der Sie angeblich, wie man nachlesen konnte, nur mit der zweiten Garde erschienen sind, berechtigt Sie nicht, gibt Ihnen nicht das Recht, hier Regierungsmitglieder der Lüge zu bezichtigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die vier Punkte haben aber gegessen! – Heiterkeit von der SPD)

Die Produktion der NRW-Industrie in unserem Land stieg im ersten Halbjahr 2018 um 3,4 %. Ebenfalls in diesem Zeitraum stiegen Baugenehmigungen von Betriebsbüros, Verwaltungsgebäuden um 2,7 %. Die Exporte der NRW-Wirtschaft stiegen im gleichen Zeitraum um 4,1 %. In unserem Land sinkt die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % gestiegen. Das sind einige Schlaglichter auf eine erfreuliche Entwicklung. Diese sind sicherlich mitverantwortlich für den ebenfalls erfreulichen Anstieg der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2018.

(Michael Hübner [SPD]: Wo ist Ihr Verdienst dabei?)

Heute legt der Finanzminister dem Parlament einen Haushalt vor, der nicht nur ohne Schulden auskommt, sondern zum ersten Mal seit 1973,

(Zuruf von der SPD: Wir hatten einen Rekordsommer!)

Herr Kutschaty, wieder einen Überschuss aufweist.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da wird sich die Caritas aber freuen!)

45 Jahre sind vergangen. Es gab einen stetigen Anstieg der Neuverschuldung im Land Nordrhein-Westfalen. 39 Jahre davon waren von sozialdemokratischen Regierungen geprägt mit dem Ergebnis einer Erblast von 170 Milliarden Euro Schulden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Darunter zieht der Finanzminister, darunter zieht diese NRW-Koalition heute einen Schlusstrich. Nun kritisieren die Verantwortlichen für dieses finanzpolitische Desaster die Landesregierung: zu wenig hier, zu viel dort, falsche Prioritäten. – Kritik Ende. Diejenigen also, die als SPD-Abgeordnete im Zweifelsfall noch ihren Vorgänger kannten, der wiederum jemanden kannte, der im Landtag saß, als NRW noch keine Schulden hatte, üben Kritik an der heutigen Landesregierung. Grotesk, Herr Kutschaty!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Opposition muss kritisieren – einverstanden. Dass sie dies auch konstruktiv kann, zeigt die SPD beim Polizeigesetz. Aber bei allem Respekt, Herr Kutschaty und vielleicht nachher Herr Kollege Zimkeit: Ihre finanzpolitische Visitenkarte ist – diplomatisch ausgedrückt – keine Empfehlung für ein weiteres Engagement und die schlechtest denkbare Grundlage für Kritik.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade weil eine verbesserte Wirtschaftslage in unserem Land die Lehren einer verfehlten Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte verblassen lässt, braucht es eine Landesregierung, die in dieser Lage der Versuchung widersteht, per Gießkanne Wohltaten auszuschütten. Notwendig ist dagegen ein Haushalt, wie von Finanzminister Lutz Lienenkämper in aller Klarheit dargestellt, der dort, wo notwendig, korrigierend nachsteuert, erkennbare Risiken verlässlich abdeckt und vor allem für die Menschen spürbar dort investiert, wo einerseits Hilfe zwingend notwendig ist und andererseits Zukunft gestaltet werden kann.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Bildung ist – das ist parteiübergreifend zu hören – der Schlüssel zu sozialem

Aufstieg, ein wirksames Instrument, um Armut, gerade Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Diese Landesregierung, diese NRW-Koalition investiert massiv in Bildung: 27.205 zusätzliche Kitabetreuungsplätze, 1.000 Lehrerstellen, die wir auch zu besetzen versuchen, 7.500 neue Plätze allein in diesem Jahr für den offenen Ganzttag, ein Zuwachs von 335 Millionen Euro für Personal und Sachmittel, aber insbesondere auch für neue Studienplätze im Hochschuletat, Digitaloffensive an allen Schulen und Berufsschulen, ein Paket mit einem Zuwachs von unter dem Strich knapp einer halben Milliarde Euro. Das sind Investitionen, um das Armutsrisiko in diesem Land zu verringern.

(Jochen Ott [SPD]: Ihr glaubt das wirklich!)

Am 23. August 2018 stellte das Statistische Landesamt fest: Die Armutsgefährdungsquote ist in den Jahren von 2010 bis 2017 um 2,5 % von 14,7 auf 17,2 % gestiegen. Die Reaktion des SPD-Fraktionsvorsitzenden kam einen Tag später per Pressemitteilung: „Mit ganzer Kraft die Armut bekämpfen.“ Die Landesregierung – so schrieben Sie damals, Herr Kutschaty – tue zu wenig.

Ich möchte nur einen Satz, meine Damen und Herren, aus der Regierungserklärung der damaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vom 12. September 2012 zitieren: „Wir werden uns keinen Tag mit wachsender Armut abfinden“, sagte sie damals.

Mit der bei diesem Thema vielleicht gebotenen Zurückhaltung formuliert: Wer nach sieben Regierungsjahren eine solche Bilanz beim Kampf gegen Armut aufzuweisen hat, aber der Nachfolgeregierung, die das von Frau Kraft zu Recht benannte Ziel jetzt fort schreibt, nach einem Jahr vorwirft, ihre Politik sei eine Politik der sozialen Kälte, der sollte, zumindest was seine Wortwahl angeht, sehr vorsichtig sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber Sie sind nicht vorsichtig, Herr Kutschaty, und das wollen Sie auch gar nicht. Schlimmer noch: Sie nehmen das als neues Mantra der SPD. Sie beklagen auch heute hier wortreich das Fehlen von 200 Millionen Euro im Haushalt für Soziales und Familie. Korrekt wäre es, zu benennen: Das sind die Minder Ausgaben für zurückgehende Flüchtlingszahlen, und mit Familie hat das Ganze gar nichts zu tun. Das sagen Sie aber nicht.

Politik macht Fehler, Politiker auch. Politik erreicht versprochene Ziele aus den unterschiedlichsten Gründen manchmal nicht. Wer das als gegeben hinsieht, muss erkennen, dass es heute zur politischen Kultur gehören muss, diese Fehler einzugestehen oder ein nicht erreichtes Ziel auch als solches zu benennen.

Wer aber nach sieben Regierungsjahren ohne das Eingeständnis, dass man es selbst zwar gewollt, aber nicht erreicht hat, den Vorwurf an die Nachfol-

geregierung richtet, sie habe noch keine Erfolge vorzuweisen, wer sich so aus der Verantwortung stiehlt, sich vom Acker macht, sich in die nächstbeste Furche drückt, der sollte sich wenigstens im stillen Kämmerlein mal fragen, welchen Beitrag er zur politischen Kultur und zur Politikverdrossenheit in diesem Lande gerade geleistet hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Karl Arnold, meine Damen und Herren, der zweite Ministerpräsident unseres Landes, hat in seiner Regierungserklärung 1950 betont: „Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Das war in den seitdem vergangenen 68 Jahren Leitlinie der nordrhein-westfälischen Union. Das ist heute Leitlinie der NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet, und das wird mit einem Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann auch weiterhin Leitlinie bleiben.

Wer es wie Karl-Josef-Laumann geschafft hat, dass alle Schüler und Auszubildenden der Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Podologie, PTA, die sich zum 1. September 2018 in Ausbildung befinden oder diese beginnen, 70 % des Schulgeldes von bisher bis zu 600 Euro erstattet bekommen, wer es mit großen Engagement geschafft hat, dass im wichtigen Bereich der Altenpflege die Schulkostpauschale von aktuell 280 Euro auf 380 Euro je Altenpflegerin und Altenpfleger erhöht wird, der, meine Damen und Herren, füllt diesen Satz von Karl Arnold hier in diesem Parlament, in diesem Land mit Leben, und der hat unsere Unterstützung. Er hätte statt fadenscheiniger Kritik auch Ihre Unterstützung verdient.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Kennzeichen dieses Haushalts 2019 ist wachsende Stabilität, ein gelungenes Austarieren von Chancen und Risiken, ist die Fortsetzung des im vergangenen Jahr begonnenen Dreiklages „Konsolidieren, modernisieren und investieren“.

Wir fördern – der Finanzminister hat darauf hingewiesen – Theater, Kultur und Museen. Das Einzige, was Ihnen dazu einfällt, ist, weil Sie das ja nicht kritisieren können, jetzt freien Eintritt für alle Museen zu fordern. Das ist das Einzige, was Sie an Kritik noch vorbringen können. What's next station? „Freibier für alle“?

(Zurufe von der SPD)

Wir setzen die Offensive gegen Stau fort, indem wir endlich einmal die Planungen in Nordrhein-Westfalen beschleunigen, indem zusätzlich eingestellte Ingenieure diese Planungen nach vorne treiben können,

(Jochen Ott [SPD]: Ist doch lächerlich!)

indem mehr Mittel für den Ausbau von Landesstraßen zur Verfügung stehen. Wir investieren in die Modernisierung und Sanierung von Universitätskliniken

und Krankenhäusern und stellen nicht zuletzt mehr Geld für Elektromobilität, Energieeffizienz und Energieforschung zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Blick auf die von Streit und Kämpfen um die Deutungshoheit geprägte Berichterstattung, die uns aus der Bundeshauptstadt erreicht, darf ich feststellen: Kennzeichen dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen ist Haltung, ist Verlässlichkeit, ist Kontinuität in politischen Entscheidungen, auch und gerade bei einem Thema, das in unserem Land derzeit kontrovers und emotional aufgeladen diskutiert wird wie dem Thema „Hambacher Wald“.

Diese Landesregierung setzt sowohl der Verunsicherungsstrategie und den Meinungspirouetten der Grünen als auch der Unentschlossenheit der SPD etwas entgegen, das die SPD in ihren guten alten Tagen vielleicht als „klare Kante“ bezeichnet hätte.

Wir stehen zur Leitentscheidung der Vorgänger-Landesregierung. Wir lassen es nicht zu, dass der Hambacher Wald weiterhin rechtsfreie Zone ist und verurteilen den dort stattfindenden Rechtsbruch, insbesondere aber die Gewalt der fälschlicherweise als Aktivisten bezeichneten Kriminellen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Nic Peter Vogel [AfD])

Wir achten diejenigen, die dort auch am vergangenen Wochenende friedlich für ihre Ziele demonstriert haben, und wir respektieren deren Meinungen. Wir stärken den Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, Grubenwehr, kommunalen Behörden, Rettungswesen den Rücken. Die machen dort in unserem Auftrag auf der Grundlage einer politischen Entscheidung, bestätigt durch Gerichte, einen schwierigen Job, und sie machen ihn gut. Sie haben daher unsere Unterstützung, unseren Rückhalt verdient. – Auf diesem Wege den zwölf verletzten Polizistinnen und Polizisten die besten Wünsche für eine rasche Genesung!

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Ja, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, man kann bei der inhaltlichen Beurteilung der rot-grünen Leitentscheidung aus dem Juni 2016 unterschiedlicher Auffassung sein. Man kann aber nicht unterschiedlicher Auffassung bei den Rechtsfolgen dieser Entscheidung sein. Die bisher getroffenen Maßnahmen waren rechtmäßig, bestätigt durch Verwaltungsgerichte und OVG.

Der Skandal ist, dass die Vorgängerregierung – maßgeblich die damalige Regierungsfraktion der Grünen und in Person der damalige Umweltminister Rimmel – den unrechtmäßigen Zustand, die Missachtung von Eigentumsrechten und die eklatanten Verstöße gegen das Baurecht sechs Jahre lang nicht nur akzeptiert, sondern auch noch gefördert hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Noch eine letzte Anmerkung zu diesem Thema, welches wir morgen noch ausführlich debattieren werden:

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Schon gestern!)

Freiheraus gesagt, Herr Klocke: Mir geht die zur Schau gestellte moralische Überlegenheit der Grünen ebenso gewaltig auf den Senkel wie die Verleugnung der eigenen Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP – Daniel Sieveke [CDU]: Jawohl!)

Das gipfelt, meine Damen und Herren, ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ihre Bauministerin hat uns gestern vorgeworfen, wir würden zu Gewalttaten aufwiegeln! – Weitere Zurufe – Arndt Klocke [GRÜNE]: Das war eine unglaubliche Entgleisung von Frau Scharrenbach gestern im Ausschuss! – Unruhe – Klocke)

– Es gibt ja für alles Rekorde, Herr Klocke. 2005 wurde in Finnland der Rekord im Schreien in Gruppen aufgestellt, er lag bei 122 dB. Den haben Sie knapp verpasst; das war aber trotzdem eine respektable Leistung.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist nicht witzig!)

Lieber Herr Klocke, danke für diesen Einwurf

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Jetzt mal zur Sache, Herr Kollege!)

zu diesem inhaltlichen Zeitpunkt. Das gipfelt, veröffentlicht und nachzulesen auf der Internetseite der Grünen unter dem Titel „Hambacher Wald – Fakten und Hintergründe“ – Achtung: Fakten! –, in dem fröhlichen Fazit der Abgeordneten Wibke Brems, die damalige Leitentscheidung sei gegen den Willen der Grünen – Achtung! – von einer fossilen Einheitsfront aus SPD, CDU und FDP getroffen worden. – Ja, geht es noch?

(Zuruf von der CDU: Oh! – Zuruf von Helmut Seifen [AfD] – Zuruf von den GRÜNEN)

– Sehr geehrte Frau Kollegin Brems, das haben Sie so geschrieben, das kann ich ja nicht ändern. Ich kann Ihre Texte nicht verändern, ich kann sie hier nur verlesen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal was zu Frau Scharrenbach!)

Sehr geehrte Frau Kollegin Brems, CDU und FDP über einen Kampfbegriff der Kommunistischen Internationalen aus dem Jahr 1921 die Mittäterschaft an einer Entscheidung zu unterstellen, die Ihnen heute nicht mehr in den Kram passt, ist schon ein starkes

Stück. Und das ist mehr als eine politische Unachtsamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP, Nic Peter Vogel [AfD] und Christian Loose [AfD])

Ich möchte insbesondere Bündnis 90/Den Grünen, vielleicht aber auch uns allen eine kleine Denkaufgabe mit auf den Weg geben. Sie hat, lieber Kollege Arndt Klocke, durchaus persönliche Bezüge, die Sie gestern in der Sondersitzung des Kommunal- und Bauausschusses allerdings leider falsch wiedergegeben haben. Ja, ich war als junger Polizeibeamter auf Anti-AKW-Demonstrationen im Einsatz.

(Andreas Kossiski [SPD]: Ich auch!)

Und es hat mich gelinde gesagt – und das haben Sie falsch wiedergegeben – irritiert, dass vor mir die Fahnen mit den Sonnenblumen geschwenkt wurden und ich währenddessen in meinem Schutzschild Krampen und Einschläge von Stahlkugeln feststellen musste.

Der deutsche Rechtsphilosoph Gustav Radbruch hat 1946 in einem Aufsatz mit dem Titel „Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht“ geschrieben, dass zwar in einem Konflikt zwischen Rechtsstaat und Gerechtigkeit, zwischen Recht und Moral in der Regel dem positiven Recht der Vorrang gebühre, er fügte aber hinzu:

„es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat.“

Vielleicht denken Sie, Frau Düker, Herr Klocke, liebe Fraktionsmitglieder der Grünen, noch einmal in einer stillen Stunde – vielleicht müssen Sie es auch noch mal nachlesen – darüber nach, ob Ihre Rechtfertigungsversuche für ungesetzliches Handeln im Hambacher Wald

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Haben wir nie gemacht! – Gegenruf von Ministerpräsident Armin Laschet)

diesen Kriterien tatsächlich genügen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich jedenfalls fand die Worte Ihres Ko-Parteivorsitzenden Robert Habeck in der letzten Sendung von Anne Will durchaus zielführend – nachzusehen und nachzuhören ab Minute 40. Ich zitiere:

„Alles hängt davon ab, dass wir Vertrauen in die Institution des Rechtsstaates haben. Wenn das brüchig wird, verlieren wir das Fundament, auf dem wir stehen.“

(Henning Rehbaum [CDU]: Hört, hört!)

Recht hat er; denn Demokraten versuchen, aus bestehenden Strukturen das Beste zu machen. Während sie versuchen, diese Strukturen zu achten und das Beste daraus zu machen, wollen Extremisten und Fundamentalisten den Staat nach ihrem Gutdünken umbauen. Sie wollen Institutionen lähmen, anstatt sie für die neuen Herausforderungen zu ertüchtigen.

Meine Damen und Herren, es ist doch gerade dieser Konflikt zwischen Moral und Recht, der alle demokratischen Parteien hier in diesem Hause zu einem Konsens verpflichten sollte. Wie wollen wir denn die rechten Extremisten und Rechtsbrecher, die Antisemiten, die Hassprediger der Salafisten glaubhaft bekämpfen, wenn wir zeitgleich linken Extremisten eine moralische Rechtfertigung für ihre Rechtsbrüche zubilligen?

(Daniel Sieveke [CDU]: Jawohl! – Anhaltender Beifall von der CDU, der FDP und Nic Peter Vogel [AfD])

Der aktuelle Bericht des Verfassungsschutzes zeigt: Die Ansichten in der Gesellschaft werden immer extremer. Es gibt so viele Reichsbürger wie noch nie. Die Zahl der sogenannten Identitären, die zur rechten Szene gehören, hat sich fast verdoppelt – viele von ihnen stehen der AfD nahe. Auch die linksextreme Szene wächst. Eines verbindet sie alle: die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und eine steigende Gewaltbereitschaft.

Vor diesem Hintergrund bin ich für drei Dinge außerordentlich dankbar. Erstens: für die Bereitschaft der demokratischen Parteien dieses Parlaments, in gemeinsamen Anträgen deutlich zu machen, dass wir jegliche Form des Extremismus ablehnen und jeglichen Bestrebungen des Antisemitismus entschieden gegenüberstehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Zweiten dafür, dass die konstruktive Oppositionsarbeit der SPD beim Polizeigesetz uns die Möglichkeit gibt, gemeinsam wehrhafte Demokratie weiter zu ertüchtigen und auszubauen.

Zum Dritten für die Würdigung der Bedeutung und Leistung der Väter und Mütter des Grundgesetzes anlässlich des 70. Jahrestages des Parlamentarischen Rates durch eine Sitzung des Kabinetts am 4. September im Museum Koenig in Bonn.

Die 70 Jahre alte parlamentarische Demokratie steht vor neuen Herausforderungen, die sie ohne Unterstützung durch die Gesellschaft nicht bewältigen wird. Wenn dieses Parlament nicht mehr von den Werten der Demokratie getragen wird – die seine Abgeordneten nach innen und außen verkörpern –, wie wollen wir dann unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern glaubhaft abverlangen, dass sie diese Werte leben sollen?

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, nur in einem Nebensatz möchte ich in diesem Zusammenhang eine wenig beachtete, aber dennoch interessante Twittermeldung von Ihnen, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden, erwähnen; dies könnte ich mit einer Meldung aus der heutigen „WAZ“ verbinden: Wenn wir gemeinsam die Einhaltung parlamentarischer Regeln als hohes Gut einfordern, Sie als Fraktionsvorsitzender aber der Öffentlichkeit wider besseres Wissen weismachen wollen, dass nicht das Landtagspräsidium, sondern die Fraktionen über die Zulassung von Aktuellen Stunden entscheiden,

(Thomas Kutschaty [SPD]: Dazu habe Ihnen doch etwas geschrieben!)

dann erweisen Sie den demokratischen Spielregeln in diesem Parlament einen Bärendienst.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Nichts hat größeren Einfluss auf das unbezahlbar wertvolle Gut „Vertrauen“ als das Verhalten in kritischen Situationen. Dabei gilt der Grundsatz von Ludwig Wittgenstein: „Worte sind auch Taten“.

Deshalb will und kann ich es nicht tolerieren, dass Abgeordnete dieses Parlamentes die Demokratie verächtlich machen, indem sie das Wahlvolk als „Schlachtvieh“ bezeichnen und eine gelungene und für viele Betroffene emotionale Veranstaltung dieses Landtags zur Verabschiedung vom deutschen Steinkohlebergbau missbrauchen, um die Würdigung der unbestreitbaren Verdienste der vielen Gastarbeiter durch den Ministerpräsidenten als „multikultibesoffenes Gesülze“ zu bezeichnen.

Als geborener Nicht-Ruhri vom Land, der inzwischen durch viele Gespräche, Kontakte und Erlebnisse dazugelernt hat und die gelebten Werte der Bergleute an der Ruhr schätzen gelernt hat, empfinde ich solche Äußerungen auch als persönliche Beleidigung; besonders aber als eines Landtagsabgeordneten dieses Parlamentes unwürdig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich zitiere zum Abschluss zum zweiten Mal in diesem Plenum einen der Väter des Grundgesetzes – dieses Mal vollständig –, weil ich seine Botschaft heute für aktueller denn je halte. – Es ist ein Sozialdemokrat; einer, vor dessen Meinung zur Demokratie ich mich auch heute noch verbeuge: Carlo Schmid. Er sagte in seiner Rede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 – ich zitiere –:

„Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Pro-

dukt einer bloßen Zweckmäßigkeitentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die nachfolgenden von mir aufgezählten Ereignisse sind zwar nicht gleichzusetzen und nicht vergleichbar, aber ich bin der Meinung, dass die Mahnung von Carlo Schmid mit der Erfahrung aus Chemnitz und Köthen, mit dem Wissen um die Taten des NSU, Anis Amri, die Sauerlandgruppe und die Ereignisse auf dem G-20-Gipfel in Hamburg in praktische Politik gegen Extremismus und Terrorismus umgemünzt werden muss.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien, diesen Mut müssen wir gemeinsam aufbringen und in die Waagschale werfen. Dazu fordere ich Sie abschließend auf und danke Ihnen für Ihr Zuhören.

(Lang anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin! Herr Lienenkämper, Herr Löttgen und bedauerlicherweise auch Herr Kollege Kutschaty, Sie haben heute leider meine Erwartungen voll erfüllt. Keiner von Ihnen hält es für nötig, zu erwähnen oder hat mitbekommen, dass der Klimawandel in diesem Land nicht in einer fernen Zukunft liegt, sondern bereits jetzt schmerzlich zu spüren ist – nicht erst durch den Dürresommer.

Herr Kollege Löttgen, der Einsatz großer Teile der Bevölkerung im Hambacher Wald hat auch etwas damit zu tun, dass die Mehrheit in diesem Land einen schnellen Kohleausstieg will und Sie dazu auffordert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Einzige, was Ihnen, Herr Löttgen, zu diesen vielen friedlichen Protestierenden im Hambacher Wald einfällt, ist, sie alle als linksextremistische Steinewerfer abzustempeln.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das hat er doch nicht gemacht! Unverschämt! – Zuruf von der SPD: Natürlich hat er das gemacht! – Weitere Zurufe)

– Und wir wiegeln die natürlich auf.

(Unruhe – Glocke)

Mit dieser Kriminalisierung verlassen Sie einen demokratischen Diskurs um eine der zentralen Fragen für die Zukunft unseres Landes.

Eine Regierung, die in der Causa Sami A. – sagen wir mal etwas hemdsärmelig – die Gerichte ausge-trickst hat, die muss uns nichts von den Spielregeln des Rechtsstaats erzählen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage nur: Wer lesen kann, ist hier klar im Vorteil. Ich empfehle Ihnen die Lektüre der aktuellen Studien zum Klimawandel, die in diesem Jahr veröffentlicht wurden. Sie alle mahnen konsequentes Handeln der Politik an. So fordert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung einen beschleunigten Kohleausstieg. Es hält die Abschaltung sämtlicher Braunkohlekraftwerke bis 2030 und sämtlicher Steinkohlekraftwerke bis 2040 nicht nur für möglich, Herr Pinkwart, sondern auch für dringend erforderlich.

Tun wir das nicht, so warnt die Agora-Studie – das steht alles nicht im Wahlprogramm der Grünen, sondern wird von Wissenschaftlern so aufgeschrieben –, dass die Kosten durch den unterlassenen Klimaschutz für den Staat jährliche Mehrausgaben in Milliardenhöhe bedeuten.

Herr Lienenkämper, deswegen hat das auch etwas mit der Haushaltsdebatte zu tun; denn auch die sprudelnden Steuereinnahmen werden Ihnen dann nicht mehr weiterhelfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Die sogenannte Heizeitstudie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung analysiert eine sich selbst verstärkende Erderwärmung und betont die Gefahr durch sogenannte unumkehrbare Kippunkte. Um die Chancen zur Vermeidung einer Heizeit zu verbessern, fordert das Institut eine weitaus entschlosseneren, beschleunigtere Minderung von Treibhausgasemissionen.

Mit diesen neuen Forschungsergebnissen, Herr Pinkwart, Herr Laschet, darf es kein business as usual in der Energie-, aber auch nicht in der Mobilitätspolitik dieses Landes geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Landesregierung darf nicht zur Klimaschutzbremse werden. Wir sind das Energieland Nummer eins, und wir müssen zeigen, dass die Transformation einer Industriegesellschaft gelingt,

(Zurufe von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Arndt Klocke [GRÜNE])

und zwar klimaschonend. Wir nehmen hier eine Schlüsselrolle ein. Denn bei uns stehen europaweit – nicht nur deutschlandweit, sondern europaweit – die ältesten

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

und ineffizientesten Kohlekraftwerke.

Herr Ministerpräsident, in Berlin ringt die Kohlekommission um einen gesellschaftlichen Konsens für den Kohleausstieg.

(Arndt Klocke [GRÜNE] und Christof Rasche [FDP] diskutieren kontrovers.)

– Kommen wir doch mal wieder zur Sache, Herr Rasche!

Diese Kommission bietet eine historische Chance für einen breiten gesellschaftlichen Aufbruch in eine moderne und klimaschonende Industriegesellschaft.

Was hört man von der Landesregierung in Zeiten der Kohlekommission, wo ja alle entschiedenes Handeln einfordern? – Ich habe in einem Interview mit Minister Pinkwart in WDR 5 hören müssen, dass er eigentlich nur Fragen dazu hat. Diese Fragen müsse man sich jetzt stellen; das müsse jetzt alles die Kohlekommission beantworten, und eigentlich habe man mit dem Thema überhaupt nichts zu tun. Dann gab es noch jede Menge Bedenkenträger, was alles nicht möglich sei, und damit endete das Interview.

Herr Minister Pinkwart, das ist zu wenig, um in unserem Land eine beherzte Energiewende voranzutreiben, wenn Sie hier nur Fragen stellen,

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

die bitte schön andere beantworten müssen. Kein Mut, keine Vision, kein Modernisierungswille!

Währenddessen nennen die Investoren ihre Erwartungen. Das habe ich bei einem Abend des Landesverbandes Erneuerbare Energien NRW gehört. Dort war auch Ihr Staatssekretär zugegen, den Sie gerne danach fragen können. Die Investoren, die an der Energiewende mitwirken wollen – das sind nicht nur die Vertreter der Erneuerbaren –, fordern Entscheidungen, Planungssicherheit beim Netzausbau, beim Ausbau der Windenergie, beim Ausbau von Fotovoltaik und auch für den Strukturwandel.

Ihre Aufgabe, Herr Laschet, Herr Pinkwart, wäre es jetzt nicht, Fragen zu stellen, sondern Antworten zu geben und Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich nenne nur mal einige Fragen, die an dem Abend thematisiert wurden, und auf die Ihr Staatssekretär keine Antworten hatte.

Eine Frage lautet, wie Sie den Anteil von NRW am Sektorziel in der Energiewirtschaft von 120 Millionen

Tonnen CO₂-Einsparung bis 2030 umsetzen wollen. Das steht nicht im grünen Wahlprogramm, sondern das steht im Klimaplan der Großen Koalition. Wir produzieren hier ein Drittel der bundesweiten Emissionen.

Eine weitere Frage lautet, wie Sie das Ziel von 65 % Anteil Erneuerbare am Stromverbrauch bis 2030 umsetzen wollen. Auch hier gibt es viel zu tun.

Schließlich ist da noch die Frage, wie Sie die Versorgungssicherheit klimafreundlich gestalten wollen. Sie reden doch immer davon, dass die Versorgungssicherheit gefährdet sei, wenn wir die Kraftwerke abschalten. Ja, dann sagen Sie doch mal, wie Sie das mit dem technisch Nötigen und Möglichen bewerkstelligen wollen. Das sind dezentrale Blockheizkraftwerke; hocheffiziente, flexible Gas- und Dampfturbinen – die alle nicht am Netz sind, weil die Braunkohlenmeiler die Netze verstopfen – sowie intelligente digitale Technik für virtuelle Kraftwerke.

Die Gaskraftwerke Hamm und Hürth sind nicht voll am Netz. Die brauchen wir aber, Herr Pinkwart. Was tun Sie dafür, dass sich das ändert?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie können Sie dabei mithelfen, die Marktbedingungen zu ändern – denn diese Schieflage hat ja etwas mit Marktbedingungen zu tun –, damit die bislang stillstehenden Kapazitäten bei den flexibleren und effizienteren Gaskraftwerken endlich ans Netz kommen?

Vor allem: Wie wollen Sie den Strukturwandel im Rheinischen Revier gestalten? Da gibt es jetzt eine historische Chance, nämlich jede Menge Fördergelder vom Bund. Bewerben Sie sich da mit klugen Konzepten?

Wer sich mal in Berlin umhört – das habe ich getan –, kann erfahren, dass das Wirtschaftsministerium – vorsichtig formuliert – etwas unambitioniert unterwegs ist und die Interessen NRWs nicht wirklich vertritt. Der Ministerpräsident – er ist gerade aus dem Saal gegangen – sollte das zur Chefsache machen, bevor wir hier vollkommen leer ausgehen, Herr Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn das können wir uns nicht leisten angesichts der Aufgaben, die vor uns liegen.

Herr Laschet, es wäre jetzt auch Ihre Aufgabe, im Rheinischen Revier die Trendwende anzusetzen. Wir haben letzte Woche hier im Landtag eine sehr angemessene Feier zum Ende der Steinkohle erlebt. Herr Pinkwart, der seinerzeit dem Kabinett angehörte, hat 2007 sehr beherzt, sehr entschlossen und sehr mutig einen ausgesprochen sozialverträglichen Ausstiegsplan vorgelegt, der dann auch vom Kabinett besiegelt wurde. Sie wissen, wir haben Sie dabei immer unterstützt. Herr Pinkwart, wir würden Sie

auch jetzt unterstützen, wenn Sie die Chance ergreifen würden, genau das Gleiche für die Braunkohle vorzubereiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Verspielen Sie diese Chance nicht!

Ihre Aufgabe, Herr Pinkwart, ist es nicht unbedingt, an der Seite von RWE die Arbeit der Kohlekommission im Hambacher Wald mit der Kettensäge zu sabotieren

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch abenteuerlich, was Sie machen! Das ist abenteuerlich!)

und auf die Vorgängerregierung zu verweisen. Das geht immer, Josef Hovenjürgen.

Aber Sie stehen heute in der Verantwortung, dieser Kohlekommission zum Erfolg zu verhelfen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und das heißt, alles dafür zu tun, damit erstens der Konsens mit dem Einsatz für ein Rodungsmoratorium zustande kommen kann,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich!)

wenigstens bis zum Ende der Kohlekommission, damit die Umweltverbände die Kommission nicht verlassen. Zweitens gehört es genauso zur Verantwortung, jetzt die notwendigen landespolitischen Entscheidungen für den Ausstieg vorzubereiten.

Ich nenne als Beispiel den Pofalla-Plan. Gut, es ist ein hypothetischer Plan, es ist auch kein grüner Plan, und er ist wenig ambitioniert. Aber wenn man nur mal den Pofalla-Plan durchrechnet, der einen Ausstiegsplan zwischen 2035 und 2038 vorsieht, kommt man zu dem Ergebnis, Herr Pinkwart: In Hambach, in Inden und in Garzweiler braucht man nur noch die Hälfte der genehmigten Fördermengen.

Das heißt doch für diese Regierung, dass jetzt etwas gemacht werden muss: Sie müssen eine neue Leitentscheidung vorbereiten. Und das heißt auch: Es muss endgültig Schluss damit sein, dass RWE mit am Kabinettstisch sitzt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Mit Ihrer politischen Landschaftspflege, die wir alle zur Genüge kennen – hier im Landtag sitzen einige, die auf der Payroll stehen –, konnte sich RWE immer einer sehr großen Koalition in den Kommunen und im Landtag sicher sein. Diese Zeiten müssen endgültig vorbei sein. Da draußen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, verstehen die Menschen Ihre Politik nicht mehr. Immer mehr Menschen, Herr Löttgen, gehen auf die Straße. Das sind nicht alles Linksextremisten und Steinewerfer.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das hat auch niemand behauptet! Das behaupten Sie!)

Die setzen sich für einen entschlossenen Klimaschutz ein, für eine schnellstmögliche Beendigung der Braunkohleverstromung. Das wird von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung getragen. Ihre wiederholten Versuche, dies zu diskreditieren, sind nicht nur unanständig, sondern sie zeigen: Je aggressiver Sie da sind, umso zeigt das, dass Ihnen die Antworten für die entscheidenden Fragen bei der Energiewende fehlen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Herr Hovenjürgen, Sie können uns jetzt Verrat an den Klimazielen oder am Klimaschutz vorwerfen – Frau Scharrenbach ist nicht da, aber sie hat das gestern ausführlich gemacht –, Scheinheiligkeit

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Scheinheiligkeit ist das Mindeste und Verlogenheit!)

oder Heuchelei – Herr Hovenjürgen, das wäre doch noch ein Begriff für Sie –;

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

da ist noch viel Luft nach oben.

(Vereinzelt Beifall)

– Geschenkt. Machen Sie das alles. Ist in Ordnung, Herr Witzel, klatschen Sie.

Die gestrigen Unterstellungen von Frau Scharrenbach im Bauausschuss überschreiten eine jedoch Grenze:

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Machen Sie permanent!)

Sie hat gesagt, wir Grüne würden zu Gewalt aufwiegeln. Das ist eine ungeheuerliche Entgleisung dieser Landesregierung. Und auch Sie, Herr Pinkwart, verlassen, wenn Sie dies teilen, bei dieser wichtigen Frage endgültig die Basis eines demokratischen Diskurses,

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

der von Sachlichkeit und dem Austausch von Argumenten getragen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie Ihrer Kollegin Scharrenbach mal sagen, dass Sie damit nicht nur uns treffen. Das wäre ja in Ordnung; unser Kreuz ist breit. Sie treffen damit nicht nur uns, sondern Tausende von Menschen – da draußen im Hambacher Wald, auf den Straßen, in den Städten –, die sich derzeit für einen schnellen Kohleausstieg einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wollen nämlich auch Ihre Wählerinnen und Wähler.

(Josef Hovenjürgen [CDU])

Zwei Drittel Ihrer Wählerinnen und Wähler – lesen Sie doch mal die Umfragen! – wollen den schnellen Kohleausstieg ebenfalls. Die Zeiten haben sich nun mal geändert.

Jetzt komme ich zum Haushalt, Herr Lienenkämper.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart – Zurufe)

Wer ein bisschen weiterdenkt, der hat schon begriffen, dass das auch sehr viel mit der Haushaltspolitik zu tun hat.

(Christof Rasche [FDP]: Oberlehrerin!)

Welche Folgekosten schätzt denn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, wenn wir all das nicht umsetzen, wovon ich gerade gesprochen habe? Lesen Sie doch mal die Studien! Es schätzt Folgekosten bis zu 800 Milliarden Euro

(Zuruf von der FDP)

für Klimafolgeschäden, wenn wir den Klimawandel bis 2050 nicht beherrschbar halten. – Das ist eine volkswirtschaftliche Katastrophe, auf die Sie durch Ihr Nichtstun sehend zusteuern.

Herr Lienenkämper, Sie haben gerade einen ziemlich coolen Job; denn Sie haben viel Geld. Man kann Sie nur beglückwünschen. Sie könnten jetzt die Weichen für die Zukunft und ein nachhaltiges Wirtschaften stellen. Mit sprudelnden Steuereinnahmen und üppigen Haushaltsüberschüssen könnten – Achtung, Konjunktiv! – Sie gut und nachhaltig wirtschaften.

Mit viel Selbstbeweihräucherung – auch heute wieder – verkünden Sie bei der Vorstellung der Haushaltseckpunkte die Haushaltswende. Nun fragt man sich, wohin sich denn das Ganze wendet. Aufgrund der Mehreinnahmen bei den Steuern, die nicht wegen, sondern trotz Ihrer Regierung, ganz ohne Ihr Zutun, entstanden sind, können Sie sich seit Regierungsübernahme zusammengerechnet über 5 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen freuen. Dazu kommen noch Haushaltsüberschüsse.

Was macht die Regierung mit diesem unverhofften und unverdienten Geldsegen? Man könnte nun den guten, alten Spruch zurate ziehen, der sicher noch in der einen oder anderen Küche hängt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Aber genau das gilt für diese Regierung nicht. Sie geben einfach alles aus. So einfach ist das.

30 Millionen Euro Schuldentilgung bei minimalen Einsparungen, die Sie in irgendwelchen globalen Minderausgaben verstecken – das ist nichts, Herr Lienenkämper. Das ist geradezu lächerlich im Verhältnis zu den Mehreinnahmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Alibigeschichten als Haushaltswende zu bezeichnen, ist der blanke Hohn.

Was ist eigentlich aus Ihren hehren Ansprüchen geworden, die Sie hatten, als Sie noch in der Opposition waren? Die FDP hat mit der Amnesie am wenigsten Probleme. Da wurde noch gesagt, alle neuen Ausgaben – das steht im Übrigen auch in dem Wahlprogramm – würden durch Einsparungen gedeckt. – Alles Schall und Rauch.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

So stellt Ihnen der Landesrechnungshof für Ihre Finanzpolitik mit der Vorstellung seines Jahresberichts eine ziemlich glatte Note 5 aus.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Gegenruf von der FDP)

So könnte man das nennen.

Ich zitiere einige Überschriften, die ich nach der Pressekonzferenz des Landesrechnungshofs in den Zeitungen gefunden habe:

(Weitere Zurufe von der FDP)

„Generalanzeiger“: „Mangelhaft“; „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Misswirtschaft, Intransparenz“; „WZ“: „Mahnung zu solidem Wirtschaften“; „WZ“: „NRW fehlt der Sparwille“; „Rheinische Post“: „NRW verschwendet Millionen“; „Rheinische Post“ fordert im Kommentar: „mehr investieren“; WDR: „Landrechnungshof kritisiert Geldverschwendung in NRW“.

Herr Minister, gute Presse ist meiner Meinung nach etwas anderes. Ein solches Zeugnis angesichts der Rahmenbedingungen und der Ausgangslage – das ist schon eine echte Leistung im negativen Sinne.

(Beifall von den GRÜNEN)

Man mag sich gar nicht ausmalen, wie Ihr Haushalt aussehen würde, wenn Sie nicht das Glück der späten Amtsübernahme und sprudelnder Steuereinnahmen gehabt hätten.

Werfen wir einmal einen Blick in die vernichtende Bilanz des Landesrechnungshofs:

Erstens. In Zeiten niedriger Zinsen und sprudelnder Steuereinnahmen müssten mehr Schulden abgebaut werden.

Zweitens. Es wird viel Geld ausgegeben, aber nicht für dringend notwendige Investitionen.

Und dann kommt Ihr Credo: „Konsolidieren, modernisieren, investieren.“ Ich frage mich, ob Sie uns und die Öffentlichkeit damit für dumm verkaufen wollen. Ihre Haushaltspolitik hat damit doch nichts mehr zu tun. Bei den Investitionen sieht man die fehlende

Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik am deutlichsten, aber auch woanders werden aus unserer Sicht falsche Schwerpunkte gesetzt.

Ich nenne Ihnen einige Beispiele.

Der Klimawandel und die Folgen. – Ja, selbstverständlich hat das etwas mit Haushaltspolitik zu tun! Vielleicht sollte das auch mal bei Ihnen ankommen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Dürresommer, Starkregen in Wuppertal, Unweterschäden in Münster – das werden keine einmaligen Ereignisse bleiben! Wir brauchen mehr Unterstützung für die Kommunen, etwa beim Hochwasserschutz oder zur Senkung der Hitzebelastung.

(Zuruf)

Da dümpeln dann so ein paar Ansätze in Ihrem Haushalt vor sich hin; die findet man unter „Klimafolgeanpassungen“: 800.000 Euro, habe ich da gelesen. Da wird nichts erhöht, da wird nichts gemacht. Das ist zu wenig, Herr Lienenkämper!

(Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort: Glasfasernetzausbau. Herr Pinkwart, was hörten wir nicht alles über den Gigabit-Masterplan NRW. Ihre Überschriften sind ja immer ganz schön. Sie rechnen darin mit 7 Milliarden Euro für den Ausbau bis 2025. Schaut man in den Haushaltsplan, findet man nur noch 246 Millionen Euro, das sind 3,5 % dieser Summe. Der Rest kommt als Prinzip Hoffnung daher: Da wir schon irgendwie der große Geldsegen aus Berlin kommen. – Auch das ist zu wenig.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort: Finanzausstattung der Kommunen. Nach dem Stärkungspakt haben viele Kommunen in NRW zwar wieder Luft unter den Flügeln, aber da stehen immer noch 26 Milliarden Euro Kassenkredite. Sie sind nicht über den Berg, sie müssen jetzt Schulden abbauen. Das heißt, wir brauchen den Altschuldenfonds.

Dazu sagt die zuständige Ministerin in der „Rheinischen Post“ am 21. August 2018: „Wir setzen uns mit dieser Problematik sehr intensiv auseinander“, – immerhin –, „wir haben innerhalb der Landesregierung aber noch keine abgeschlossene Meinung.“ – Was für ein Armutszeugnis nach einem Jahr Regierungszeit bei einem der drängendsten kommunalen Probleme.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich vermute mal, der Regierungspartner steht hier auf der Bremse. Am Ende kommt dann wieder ein Alibi dabei aus mit Zinsrisikoabfederung oder so etwas. Das bedeutet einmal mehr Steine statt Brot für die Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stichwort: Integration. Herr Stamp, wir brauchen einen Folgeplan zum rot-grünen Integrationsplan. Das war ja nicht der Abschluss, sondern der Beginn dieser Integration. Es gibt noch viel zu tun: Bildung, Wohnen, Arbeitsmigration. Aber auch hier gibt es viele Leerstellen.

Der Integrationsminister beschäftigt sich offenbar lieber damit, wie er Gerichte austricksen kann. Das bindet offenbar zu viele Energien, um einen Gefährder abzuschieben. Das desaströse Ergebnis hat Kollege Kutschaty ausführlich dargestellt. Da bleibt offenbar nicht mehr so viel Zeit, sich darum zu kümmern, wie wir Integration weiter unterstützen können.

Auch hier brauchen wir vermehrt Anstrengungen, damit die Integration zu einem Erfolg für unser Land wird. Wir haben im Bildungsbereich eine Menge zu tun. Wir haben da zwar angefangen, aber wir sind noch lange nicht am Ende. Tun Sie da mehr, Herr Minister!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das waren nur ein paar Beispiele dafür, wo wir andere Schwerpunkte in diesem Haushalt setzen würden. Statt für diese gesellschaftlich elementaren Themen Konzepte für die Zukunft zu entwickeln und die Haushaltspolitik konzeptionell darauf auszurichten, darf sich die Heimatministerin über noch einmal 18 Millionen Euro mehr für Heimatpreise freuen.

Vor allen Dingen kommen auch die Ministerien richtig gut dabei weg und können einen üppigen Stellenaufwuchs verzeichnen. Da kann sich die Bilanz allerdings wirklich sehen lassen, Herr Lienenkämper. Ich rechne zusammen: 139 Ministeriumsstellen im Nachtragshaushalt 2017, 258 Stellen im Nachtragshaushalt 2018 und jetzt – noch einmal ein Schluck aus der Pulle – 55 Stellen; das macht summa summarum 452 Stellen mehr in der Ministerialbürokratie.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die wollte die FDP alle abbauen!)

Und – man höre und staune – eine besonders unverföhrene Selbstbedienungsmentalität legt dabei der Ministerpräsident an den Tag. In der Staatskanzlei hat er bislang insgesamt 62 Stellen mehr geschaffen. Besonders bemerkenswert ist das, weil Sie in diesem Landtag – Herr Witzel immer vorne weg – beim letzten Haushalt der rot-grünen Landesregierung in der Staatskanzlei noch Millionen an Einsparpotenzial sahen. Was sagen Sie denn jetzt dazu, dass Herr Laschet 62 Stellen mehr bekommt? Da müsste Ihnen doch der Kragen platzen!

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich sehe nur diensteifriges Nicken.

Der Ministerpräsident hat am Anfang der Legislaturperiode gesagt – ich zitiere die „Rheinische Post“

vom 03.06.2017 –: „Rot-Grün hat die Ministerialbürokratie sehr stark aufgebläht. Wir werden das nicht tun. NRW wird am Ende der Legislaturperiode nicht mehr Beamte und Angestellte in der Verwaltung beschäftigen als heute.“ Man höre und staune!

Danach kamen noch diverse Ankündigungen zu Aufgabenkritik und Stellenabbau, was folgte, war aber immer nur eine weitere Erhöhung. So viel Widerspruch, Herr Lienenkämper, zwischen Reden, Anspruch und Handeln war in der Haushaltspolitik von Nordrhein-Westfalen selten zu sehen.

Ihr Mantra vom „Konsolidieren, modernisieren, investieren“ ist eigentlich nur eine Worthülse. Konsolidiert wird in homöopathischen Dosen – irgendetwas wird schon übrig bleiben. Mit einer Kohlelobby-Politik von gestern betreiben Sie Modernisierungsverweigerung. Investiert wird vor allen in Bürokratie, aber nicht in Zukunft.

Mein Fazit nach gut einem Jahr Regierungszeit, zwei Haushalten, zwei Nachtragshaushalten lautet: viel aufgeblasene Rhetorik, viel Selbstbeweihräucherung, viel Selbstlob, aber wenig Zukunftsweisendes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das mit dem Sparen und dem Schuldenabbau in den Wahlprogrammen war wohl nicht so richtig ernst gemeint. Das war eher so daher gesagt. Und so scheitern Sie einmal mehr an Ihren eigenen Ansprüchen. Sie lösen einmal mehr Ihre vollmundigen Ankündigungen vom Start Ihrer Regierung nicht ein. Was haben wir uns da nicht alles anhören müssen? Was haben Sie den Journalisten nicht alles in die Blöcke diktiert? Digitalisierungsdividenden, Effizienzsteigerungen, Bürokratieabbau, schonungslose Aufgabenkritik usw. usf.

Diese wolkigen Versprechen entpuppen sich inzwischen als das, was sie sind und auch damals schon waren: die Lieblingssprechblasen von Herrn Lindner – die gehörten ja zu seinen Lieblingsbegriffen – und die zerplatzen gerade. Denn er wusste schon damals, dass das niemals in reale Politik umgesetzt würde. Mehr noch, Sie verkehren diese Ziele ins Gegenteil, blähen Ministerialbürokratie auf und bauen eben keine Stellen ab, wie Sie angekündigt haben.

Soweit man schaut, bleiben Leerstellen in Sachen Klima und Umweltschutz. Sie haben keine Antwort auf die entscheidenden Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Hören Sie endlich auf, die Leibgarde für den ins Wanken geratenen Energieriesen RWE zu geben; denn ihm fliegen die selbstgemachten Probleme gerade um die Ohren. Herr Pinkwart, Sie sind nicht dafür da, diese Probleme stellvertretend für den RWE-Konzern zu lösen, sondern das muss er schon selber tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss komme ich zur FDP. Nun ja, sie zeigt einmal mehr – ich habe das schon in der Zeit von 2005 bis 2010 erlebt –, dass sie in der Regierungsverantwortung zu einem Totalausfall in Sachen Bürgerrechte wird. Statt ein Bürgerrechtskorrektiv bei den üblichen Law-and-Order-Fetischisten vorzunehmen, kleben Sie sich selber den Sheriffstern an – Herr Lürbke macht das besonders gerne –: schön groß und mitten auf der Brust.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

War das wirklich nötig, Herr Lürbke? 20.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen auf der Straße, Mahnungen von Verfassungsrechtlern und Mahnungen von Ihren FDP-Granden – erst all das hat dazu geführt, dass Korrekturen beim Entwurf zum neuen Polizeigesetz angekündigt werden. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt. Erfahrungsgemäß ist da auf die FDP am wenigsten Verlass – das habe ich schon in Ihrer Regierungszeit 2005 bis 2010 erlebt.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen und Zurufe von der FDP)

Es war Ihr Innenminister Ingo Wolf, der sich damals beim Bundesverfassungsgericht eine heftige Klatzche für sein Verfassungsschutzgesetz abgeholt hat. Ich fürchte, da hat sich bei Ihnen nicht viel geändert.

(Beifall von den GRÜNEN – Michael Hübner [SPD]: So ist es!)

In der Regierungserklärung vor einem Jahr hat der Ministerpräsident eine Politik von Maß und Mitte angekündigt – ganz der Landesvater. Ich nenne Ihre Politik mutlos, ambitionslos und vor allen Dingen auch konzeptlos. Herr Stamp, Herr Lienenkämper – Herr Laschet hat sich bei dieser Debatte schon vom Acker gemacht –, Sie regieren für die schnelle Schlagzeile und für die inszenierten schönen Bilder. Ich sage: Nein, diese Bilder taugen nicht als Entwurf für ein nachhaltiges Zukunftsprogramm für NRW. Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das waren bemerkenswerte Redebeiträge am heutigen Vormittag. Mal schmunzelt man, mal zweifelt man. Ich versuche jetzt, alles ein wenig zusammenzufassen. Erlauben Sie mir deshalb vor meiner Rede drei Bemerkungen zum Kollegen Kutschaty und zwei Bemerkungen zu Frau Düker.

Herr Kollege Kutschaty, Sie bemühen den Begriff „Fan“ und versuchten irgendwie zu sortieren, wer von

den Ministern wie viele Fans hat, zum Beispiel unser hervorragender Finanzminister Lutz Lienenkämper. Aus Ihrer Position heraus ist das eine interessante Feststellung; denn die Fans der SPD haben in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren verdammt nachgelassen, lieber Herr Kutschaty. Vielleicht sollten Sie sich einmal Gedanken machen, woran das liegt – nämlich an der Politik der SPD.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Ein weiterer Punkt, Herr Kutschaty: Sie haben Berlin als Vorbild für Ihre Politik genommen; wir haben das sieben Jahre lang live erlebt. Regierungsverantwortung Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen: fast nullkomma null Ausbau der Infrastruktur. Der Berliner Flughafen lässt grüßen! Ihre Politik lässt sich vergleichen. Bei SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen passiert, genauso wie bei den Kollegen in Berlin, hinsichtlich der Infrastruktur nichts!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie fragten in Richtung Koalition und Kabinett: Haben Sie denn nichts dazugelernt? – Und dann stellen Sie sich hier breitbeinig hin, nach dem Motto: Ich bin der Anwalt des Rechtsstaates. – Meine Güte, Herr Kollege, wer hat denn hier nichts dazugelernt? Ist das die alte Arroganz der SPD, die die Wählerinnen und Wähler abgewählt haben? Sie waren als Justizminister in der Tat der Anwalt des Rechtsstaates in Nordrhein-Westfalen, aber die Wählerinnen und Wähler haben Sie gefeuert. So einfach ist das!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Nur noch mal zur Erinnerung: Selbst als Anwalt des Rechtsstaates haben Sie das eine oder andere Mal die Hand für am Ende verfassungswidrige Gesetze gehoben.

(Zurufe von der SPD)

Einen Anwalt des Rechtsstaates stelle ich mir anders vor!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Liebe Kollegin Düker, was Sie in Richtung FDP und Koalition gesagt haben, war auch sehr nett. Die Behauptung, RWE säße am Kabinetttisch dieser Regierung, ist eine riesengroße Frechheit – das ist nicht zu übertreffen. Das ist unglaublich, rein politisch motiviert und hat mit der Sache nichts zu tun; das wissen Sie genau.

Wir überlegen am Kabinetttisch – so lasse ich mir das berichten, ich sitze ja nicht dabei –, welche Interessen zum Beispiel BUND, NABU, Gewerkschaften, Industrieverbände und auch RWE vertreten, wägen diese verschiedenen Interessen gemeinsam ab und

kommen in der Regel zu sehr vernünftigen Entscheidungen. Bei Ihnen, liebe Frau Düker, haben nur NABU und BUND am Tisch gesessen – und sonst keiner!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein weiteres Stichwort ist das Polizeigesetz, Frau Düker. Ich möchte Sie einfach bitten, abzuwarten. Unterschätzen Sie die Vernunft dieser Koalition und dieser Regierung nicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben im Mai 2017 einen Politikwechsel gewollt und entsprechend gewählt. Dieser Haushalt 2019 ist ein weiterer wichtiger Baustein, um die Trendwenden fortzusetzen, die wir bereits eingeleitet haben. Unsere Politik ist geprägt von Verantwortung, Vernunft und Vertrauen. Das ist eine typische Politik der Mitte, die in diesen Tagen aber nicht immer im Fokus steht.

Es sind leider oft die extremen Ränder, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen und die immer mehr ins Blickfeld rücken: Rechtsradikale machen Jagd auf anders aussehende Menschen, Berichte über kriminelle Straftäter, die eigentlich gar nicht in Deutschland sein dürften, Linksradikale und gewaltbereite Chaoten im Hambacher Forst, Reichsbürger und Antisemiten, die Hass säen. Diesen Problemen müssen wir mit aller Macht des Rechtsstaates begegnen, und wir müssen diese Probleme lösen; das erwarten die Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Bürgerinnen und Bürger sehen allerdings oft, dass man sich nur mit den Problemen links und rechts beschäftigt. Die eigentlichen Probleme – nämlich für ein sicheres, starkes und modernes Land zu sorgen – liegen zu wenig im Fokus. Das muss und wird diese Regierung ändern. Ich wünschte mir, dass auch die Kollegen in Berlin den Fokus verstärkt auf die täglichen Probleme der Menschen richten würden, anstatt sich mit Dingen, wie wir sie gestern Abend gehört und gelesen haben, zu beschäftigen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen optimale Betreuungsbedingungen und Bildungschancen. Sie wollen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sie wollen Wohlstand für ihre Familien. Sie wollen sich in diesem Land sicher fühlen. Sie wollen, dass sich der Rechtsstaat durchsetzt. Sie wollen, dass ihre Kinder und auch deren Kinder ein ökonomisch und ökologisch intaktes Land vorfinden. Sie wollen fair behandelt werden – und eben nicht von oben herab.

Genau das wird in diesem neuen Landeshaushalt 2019 zusammengefasst. Genau diese Ziele der Menschen in Nordrhein-Westfalen finden sich in diesem Landeshaushalt wieder.

Ich möchte vier Bereiche kurz ansprechen und jeweils auf einige Details eingehen.

Erstes Thema: Bildung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Verantwortung“ heißt auch „Erkenntnis“. Gerade in diesem Bereich – und da nehme ich keine Farbe aus – haben viele Vorgängerregierungen Fehler gemacht.

G8 war eine Idee, die es überall gab, in fast allen Bundesländern. Die Menschen haben sich aber im Nachhinein anders entschieden. Und wir haben akzeptiert, wie sich die Menschen entschieden haben. Wir sorgen für ein flexibles System, in dem wir keiner Schule G9 gegen den Willen von Schülern, Lehrern und Eltern aufzwingen.

Das Thema „Inklusion“ gehen wir rational und im Interesse aller Beteiligten an – übrigens auch in dem Wissen um die sehr gute Qualität unserer Förder-schulen in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Einrichtung von Talentschulen schaffen wir mehr Bildungschancen in Regionen, die es nicht so einfach haben, also genau dort, wo diese Talentschulen hingehören: in den sozialen Brennpunkten.

Der Haushalt für das Jahr 2019 hinterlegt auch genau diese Schwerpunkte. So gibt es zum Beispiel 1.000 zusätzliche, neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer.

Herr Kutschaty hat mit seiner Kritik recht, dass die Stellen nicht sofort besetzt werden können. Diese Erkenntnis dürfte Ihnen aber auch nicht schmerzlich sein; denn in sieben Jahren Regierungszeit war das bei Ihnen genauso. Da muss man sich einfach der Wahrheit stellen und alles irgend Mögliche tun, damit wir das Problem, wenn es geht, gemeinsam lösen.

(Christian Dahm [SPD]: Richtig!)

In Berlin spricht man zurzeit von der „Mutter aller Probleme“. Im rot-grünen Nordrhein-Westfalen war Kinderbetreuung oft das Problem aller Mütter.

(Heiterkeit von der FDP und der CDU)

Wir wollen aber doch die Probleme der Mütter lösen. Das ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Betreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben für uns höchste Priorität. Der stellvertretende Ministerpräsident Joachim Stamp ist für diesen Bereich zuständig.

Sie erinnern sich noch an das 500-Millionen-Euro-Rettungspaket für Kindergärten, die Existenzprobleme hatten. Jetzt, im neuen Haushalt, gibt es 114 Millionen Euro für 27.000 zusätzliche Kitaplätze und 7.500 Plätze im offenen Ganztags im Primärbereich.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das ist eine klare Sprache für Kindergärten, für Kinder, für Familien. In diesem Feld ist diese Regierung weit besser aufgestellt, als es die alte Regierung jemals war.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW-Koalition hat immer die Bedeutung der Berufsausbildung betont. Im vergangenen Jahr haben wir die Investitionsmittel für überbetriebliche Ausbildungsplätze verdoppelt, nämlich von 2 Millionen Euro auf 4 Millionen Euro.

Mit diesem Haushalt nun folgt die Übernahme von 70 % der Ausbildungskosten im Gesundheitsbereich durch das Land. Es gibt dafür 25 Millionen Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt.

Verbunden mit dem leidenschaftlichen Einsatz von Karl-Josef Laumann – er ist gerade nicht da, wird es aber bestimmt hören – ist auch die FDP in diesem Bereich klar aufgestellt.

Ich möchte hier besonders betonen, dass diese Koalition einen glasklaren sozialen Kompass hat. Sozialpolitik ist für uns ein sehr hohes Gut. Ich erinnere mich an die Worte von Herrn Kutschaty, als er von Zuschüssen an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sprach. Wir sind mit diesen Verbänden in außergewöhnlich guten Gesprächen. Nach meiner Einschätzung sind wir ziemlich nah an einer Einigung. Ich bin mir relativ sicher, dass diese Verbände nach der dritten Lesung an dem Haushalt dieser Landesregierung und dieser Koalition absolut nichts mehr zu kritisieren haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweites Thema: Aufstieg und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen einmaligen Mix aus Industrie, Mittelstand, Handwerk, Handel und Dienstleistungen. Bei uns gibt weltweit sehr erfolgreich agierende Unternehmen und zahlreiche Weltmarktführer aus dem Mittelstand. Es gibt eine Start-up-Szene, die sich gerade in den letzten zwölf Monaten in Nordrhein-Westfalen unglaublich positiv entwickelt hat – viel positiver als in allen anderen Bundesländern.

Diese Entwicklung hat übrigens viele Motoren. An erster Stelle sind es die Start-ups selbst. Ein wesentlicher Motor dafür ist aber auch unser Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart. Lieber Herr Pinkwart, vielen Dank dafür! Auch die Gründerstipendien, die Sie ins Leben gerufen haben, werden überragend angenommen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In der vergangenen Woche haben wir hier im Landtag den Festakt zum Ende der Steinkohle begangen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das war wirklich eine würdige Veranstaltung, die der Sache auch gerecht wurde.

(Michael Hübner [SPD]: Die, die den Sargnagel eingeschlagen haben, haben gefeiert!)

Die Entscheidung für das Ende der Subventionierung der Steinkohle war richtig. Steinkohlebergbau wird damit Teil der Vergangenheit Nordrhein-Westfalens, geht also in die Geschichte ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft der Industrie in Nordrhein-Westfalen ist aber untrennbar mit einer starken Energiewirtschaft verbunden. Nur starke Energiewirtschaft und Industrie sichern den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Wenn ich die Energiewirtschaft vernachlässige, geht das am Ende zulasten des gesamten Wirtschaftsstandortes.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Es ist eine politische Aufgabe, weiterhin Rahmenbedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass es verlässlichen und bezahlbaren Strom für die Bürgerinnen und Bürger im Land, für den Mittelstand, aber auch für die Industrie gibt.

Ich sage für die FDP – wir sind eine innovative Partei –: Wenn es demnächst Speichermöglichkeiten für Strom oder andere Entwicklungen gibt, wird man alle Fahrpläne neu überdenken und sicherlich verändern müssen. Aber so weit sind wir heute noch nicht.

Die Braunkohle ist für die Sicherung unserer Stromversorgung aktuell, heute, unverzichtbar. Wer anders handelt, wer das bezweifelt oder wer suggeriert, das sei gar nicht so, stellt am Ende Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen infrage.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf: Hunderttausende von Arbeitsplätzen?)

Damit komme ich zu einem konkreten Thema, das heute schon mehrfach bemüht worden ist, nämlich der Leitentscheidung zum Braunkohleabbau von SPD und Grünen im Jahr 2016. 2016 ist noch gar nicht so lange her; das war ein Jahr vor der Landtagswahl.

Ich habe einmal versucht, mich in die Köpfe der Grünen hineinzudenken und zu überlegen, was ich denn gemacht hätte oder welche Möglichkeiten es gegeben hätte.

(Monika Düker [GRÜNE]: Aha!)

– Ja, so gehen wir miteinander um: fair und vernünftig, und man denkt sich in den anderen hinein.

(Monika Düker [GRÜNE]: Sehr empathisch!)

Das klappt zwischen FDP und Grünen auch.

Im Grunde hatten die Grünen damals im Jahr 2016 zwei Möglichkeiten, allen voran Johannes Rimmel und Horst Becker, die in diesem Bereich für die Grü-

nen führend tätig waren: entweder der Leitentscheidung zuzustimmen – ich wiederhole: entweder der Leitentscheidung zuzustimmen –

(Monika Düker [GRÜNE]: Was heißt „zustimmen“? Die haben wir verhandelt!)

oder eine Haltung für die angeblichen Ideale zu zeigen, die Rodung zu verhindern und auf Dienstwagen zu verzichten. Das wäre die andere Alternative gewesen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch wohl nicht wahr! Jetzt kommen die Dienstwagen! Haben Sie nicht mehr zu bieten?)

Ihre Entscheidung ist bekannt: gegen den Wald, für die Dienstwagen. Aber ein Jahr später waren die Dienstwagen trotzdem weg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn die Grünen wurden vom Wähler auf die Oppositionsbänke geschickt. Jetzt wollen sie auf einmal von ihrer Regierungstätigkeit nichts mehr wissen. Das grüne Klientel, die dort im Bereich Hambacher Forst agiert, behauptet plötzlich das Gegenteil dessen, was Sie hier getan haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur gefährlich für dieses Hohe Haus und für die Politik; das ist am Ende gefährlich für die Demokratie in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei allen Unterschieden, die wir in der Politik haben – die muss es auch geben; das ist gut so –, möchte ich grundsätzlich eine seriöse und glaubwürdige Politik. Aber wenn dann die politische Mitte in Deutschland – dazu zählen auch die Grünen; zumindest zähle ich sie dazu – unseriös und unglaubwürdig agiert, werden dadurch am Ende die Ränder gestärkt. Das dürfen wir nicht tun. Deswegen sollten wir gemeinsam für eine seriöse und glaubwürdige Politik eintreten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mir fehlt wirklich ziemlich jedes Verständnis dafür, dass unglaublich viele hochrangige Grüne – auch aus Berlin und anderen Bundesländern – geradezu in den Hambacher Forst pilgern

(Minister Herbert Reul: Genau!)

und sich dort undifferenziert neben gewaltbereite und gewalttätige Straftäter stellen.

(Helmut Seifen [AfD]: Hört, hört!)

Ich verlange wenigstens eine Differenzierung. Diese Differenzierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich aber nicht erkennen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Düker, Herr Klocke, wenn man so agiert, muss ich fragen: Was für ein Verständnis von Rechtsstaat und Gewalt vermitteln Sie denn? Was für ein Verständnis vermitteln die Grünen zum Rechtsstaat und zur Gewalt?

(Monika Düker [GRÜNE]: Die holen gleich die Molotowcocktails aus der Schublade!)

Das ist ganz dünnes Eis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE] – Lachen von der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Das ist ja noch nicht einmal alles. Wir alle haben die Bilder gesehen und davon gelesen, dass es tatsächlich zu vielen gewalttätigen Angriffen gekommen ist. Und Frau Düker spricht – Zitat – von friedlichen Protesten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja!)

Frau Düker spricht von friedlichen Protesten.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das hat Herr Löttgen eben auch gemacht!)

Ich stelle mir jetzt einen Polizisten vor. Er verlässt morgens sein Haus und verabschiedet sich von seiner Frau, von seinen Kindern, von seiner Familie, um zur Arbeit zu gehen. Dann werfen ihm Umweltaktivisten Steine an den Kopf und an den Körper.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es gibt auch Frauen, die sich von den Männern verabschieden!)

Und das vor dem Hintergrund, dass die Rechtslage glasklar ist! Die Rechtslage ist völlig unbestritten. Und dann sagt Frau Düker zu diesem Polizisten und zu dieser Familie: Das sind doch alles friedliche Proteste. – Frau Düker, in welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber das ist immer noch nicht alles. Die Grünen wollen den Hambacher Forst jetzt auch noch als Kulisse für einen Show-Landesparteitag nutzen. Das setzt dem Ganzen wirklich die Krone auf.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich würde an Ihrer Stelle darauf verzichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen benötigt eine vernünftige und verantwortungsvolle Politik,

(Monika Düker [GRÜNE]: Ihre Politik?)

eine kluge Balance zwischen Ökologie und Ökonomie. Damit verbunden – das braucht der Staat eben

auch – ist das Vertrauen in Ideen, das Vertrauen in Forschung, das Vertrauen in Innovationskraft. Dazu gehört übrigens auch Vertrauen in Bezug auf Entwicklung von klimafreundlicher Industrie.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Deshalb stärken wir mit diesem Landeshaushalt die Energieforschung nochmals mit zusätzlich 7 Millionen Euro. Es ist genau der richtige Weg, den wir gehen. Das ist die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Andreas Pinkwart setzt sich in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in Berlin sehr differenziert und klug für die Interessen von Nordrhein-Westfalen ein. Da geht es natürlich auch um Kohle und um Strukturwandel. Es geht aber insgesamt um den Industriestandort. Es geht um 250.000 Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie in Nordrhein-Westfalen – übrigens 750.000 bundesweit.

Da muss ich einen kleinen Schlenker machen. Diese vielen Arbeitsplätze und die vielen Schicksale, die damit verbunden sind, dürfen den Grünen nicht egal sein. Sie dürfen aber auch Herrn Altmaier und Herrn Pofalla nicht egal sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Kutschaty und auch der Kollege Marc Herter sind hier im Interesse von Nordrhein-Westfalen glasklar aufgestellt. Herzlichen Dank dafür! Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die auch aus Nordrhein-Westfalen kommt – Herr Kutschaty, Sie kennen sie gut –,

(Zuruf von der CDU: Sie hat die Entscheidung mitgetroffen!)

erlebe ich anders. Nordrhein-Westfalen würde sehr davon profitieren, wenn die Kolleginnen und Kollegen der SPD, zumindest diejenigen aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband, in Düsseldorf und in Berlin gleichermaßen geschlossen agierten. Dann würden Sie diesem Land wirklich etwas Wertvolles geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein besonders wichtiges soziales Thema – ich habe eben schon ein anderes Thema aus dem Bereich der Sozialpolitik angesprochen – ist bezahlbares Wohnen. Bezahlbares Wohnen betrifft unglaublich viele Menschen. Wir müssen uns dieser Mammutaufgabe stellen, für genügend Wohnraum zu sorgen. Wenn Angebot und Nachfrage im Einklang sind, wird sich am Ende auch der Mietpreis wieder normalisieren.

Tatsache ist: Symbolpolitik und Show helfen da nicht weiter. Auch die immer sehr flotten und durchaus sympathischen Sprüche in Ihrer Regierungszeit von Mike Groschek, den wir alle sehr schätzen, haben am Ende nicht geholfen. Sympathie ist gut. Aber noch ein bisschen draufzusatteln, wäre ganz wichtig.

Am Ende gibt es eine wesentliche Lösung: Es muss gebaut werden. Wir brauchen mehr Wohnungen; wir brauchen mehr Häuser. Deshalb haben diese Koalition und diese Landesregierung die Rahmenbedingungen zum Bauen wesentlich verbessert. Das Baurechtsmodernisierungsgesetz ist nur ein Beispiel. In vielen anderen Bereichen haben wir wieder etwas zurückgerudert, über die Standards nachgedacht und das Bauen sowie die Genehmigungen vereinfacht, sodass das Interesse vieler Investoren jetzt wieder größer geworden ist, in Nordrhein-Westfalen zu investieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir möchten zudem den Menschen, insbesondere jungen Familien, den Erwerb von Eigentum erleichtern. Wir wollen diesen Erwerb von Eigentum fördern. Aus den Umfragen wissen wir, wie viele Menschen – nämlich der größte Teil der Bevölkerung – sich ein kleines Einfamilienhaus wünschen.

In den sieben Jahren unter Rot-Grün hat sich die Grunderwerbsteuer fast verdoppelt – von 3,5 % auf 6,5 %.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Heute ist sie immer noch da!)

Wir haben im Bundesrat einen Antrag für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer eingebracht, der genau diejenigen begünstigt, die zum Beispiel ein Einfamilienhaus bauen, und nicht diejenigen, die schon das hundertste Haus bauen. Das ist zielorientierte Politik. Das ist übrigens auch sehr kluge Sozialpolitik, die sozialen Frieden in diesem Land schafft.

Die SPD und Thomas Kutschaty haben die Chance, gerade für die jungen Familien in Nordrhein-Westfalen etwas zu tun, indem sie diese Bundesratsinitiative dieser Regierung, der NRW-Koalition, in Berlin unterstützen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir sind gerne zu Gesprächen bereit, Herr Kutschaty, wie bei anderen Themen auch. Vielleicht kommen wir da auf einen gemeinsamen Nenner.

Einen Begriff der SPD habe ich vielleicht im Hinblick auf die politische Motivation verstanden, aber nicht inhaltlich: eine neue staatliche Wohnbaugesellschaft. Sie fordern eine neue staatliche Wohnbaugesellschaft, die Sie übrigens sieben Jahre lang nicht eingerichtet haben – warum auch immer; Sie waren ja sieben Jahre in Verantwortung. Im Grunde ist das ein Begriff aus der Mottenkiste.

Sie sagten eben schon einmal: Haben wir nichts dazugelernt? – Ich würde das jetzt gerne zurückgeben. Denn wir brauchen in unserem Land Nordrhein-Westfalen die richtige Balance zwischen Privat und Staat. Die richtige Balance ist immens wichtig. Zu glauben, der Staat könne alles und die Privaten machten alles falsch, ist aber Irrsinn. So bringen wir unser Land nicht weiter. Das trifft beim Wohnungsmarkt genauso zu.

Sie haben in Ihrer Rede vorhin öfter zugespitzt, Herr Kutschaty, was dazugehört. Deshalb tue ich das jetzt auch. Wir haben in Köln erlebt, was der SPD in städtischen und staatlichen Gesellschaften wichtig ist: lukrative Posten – sonst nichts. Wir können uns gut daran erinnern. Und genau das wollen die Menschen in diesem Land nicht. Insofern brauchen wir auch keine staatlichen oder städtischen Gesellschaften, bei denen die Menschen glauben – so stand es ja wochenlang in den Zeitungen –, dass es am Ende nur um lukrative Direktorenposten geht. Lieber Herr Kutschaty, das kann es nicht sein.

Übrigens: Im Bereich der öffentlichen Wohnraumförderung stocken wir von 800 Millionen Euro auf 1,1 Milliarden Euro auf, und zwar sicher fortgeschrieben bis zum Jahr 2022. Auch da geht jede Kritik aus der Opposition ins Leere.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittes Thema: Die NRW-Koalition ist angetreten, Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen. Daran knüpfen wir auch mit diesem Haushalt an: mehr Polizisten auf der Straße, 500 neue Stellen für Verwaltungsassistenten, fast 70 Millionen Euro zusätzlich für eine moderne und bessere Ausrüstung. Die Zahl der Anwärterstellen – wir haben oft darüber diskutiert – wurde von 2.000 über 2.300 auf 2.400 erhöht. FDP und CDU haben also auch in diesem Bereich die Trendwende erkennbar eingeleitet.

Ein weiterer Aspekt ist mir besonders wichtig, um hier noch einmal für Klarheit zu sorgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Vertrauen in den Rechtsstaat und dessen Organe ist die Grundlage für die Abschiebung von polizeilich als Gefährder eingestuft Personen. Der Rechtsstaat ist die Grundlage – und seine Organe auch. Auf dieser Grundlage schieben wir diejenigen, die polizeilich als Gefährder eingestuft worden sind, konsequent ab – konsequenter, als es andere Bundesländer tun, und viel konsequenter, als es die alte Regierung getan hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Manch einer aus der Opposition will daraus eine Vertrauenskrise in den Rechtsstaat herbeireden.

(Michael Hübner [SPD]: Eine Vertrauenskrise für die Ausländerbehörden!)

Auch das ist natürlich parteipolitisch motiviert, aber doch in der Sache völlig daneben. Das wissen wir alle. Deswegen muss man vorsichtig sein, welche Vorwürfe man sich hier an den Kopf knallt.

Wie ich bereits sagte, behalten wir unseren Kompass und ziehen ihn auch durch. Wir gehen davon aus, dass der Rechtsstaat auch im Hambacher Forst durchgesetzt wird. Ich sagte das eben schon. Es gehört aber zu dieser Thematik dazu. Man kann nicht den Rechtsstaat einmal so verargumentieren und im Hambacher Forst anders. Für mich gilt dieser Rechtsstaat in ganz Nordrhein-Westfalen und überall.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Viertes Thema: ökonomisch und ökologisch intaktes Land. Dazu gehört nicht nur der Bereich Energiewirtschaft – dazu habe ich schon etwas gesagt –, sondern auch der Bereich Mobilität. Wir investieren in diesem Haushalt weitere 28 Millionen Euro für Energieeffizienz und Elektromobilität. Auf diesem Weg muss Nordrhein-Westfalen vorankommen. Dazu gehören auch Busse mit alternativen Antrieben. Das sind Lösungen, die die Städte vom Dreck und von der Belastung entlasten.

Fahrverbote, liebe Kolleginnen und Kollegen, mögen ein politisch motiviertes Ziel sein. Sie sind aber niemals das Ziel dieser Koalition.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir erleben das übrigens gerade in Frankfurt. Was dort entschieden worden ist, ist ein Desaster. Dort gibt es übrigens eine grüne Energie- und Verkehrsministerin und ein Stadtoberhaupt von der SPD. Ausgerechnet dort kommt es zu Fahrverboten.

Dann lesen wir, dass in Hessen Gelder vom grünen Verkehrsministerium ausgerechnet an die Deutsche Umwelthilfe fließen. Ich frage mich: Gibt es da gemeinsame Ziele von Toyota und den Grünen? Ich weiß es nicht. Aber es hört sich so an.

(Zuruf von der FDP: Super! – Christian Dahm [SPD]: Nichts ist unmöglich! – Michael Hübner [SPD]: Das war letztes Jahr euer Thema!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir geben fast 30 Millionen Euro mehr für die Sanierung und den Neubau von Straßen und Radwegen aus. Wir haben die Gelder für die Vergabe von Ingenieurleistungen außerhalb von Straßen.NRW gegenüber der alten Regierung verdoppelt, nämlich von gut 40 Millionen Euro auf gut 80 Millionen Euro. Auch in diesem Bereich haben wir also für eine Trendwende gesorgt.

Diese NRW-Koalition hat einen klaren Kurs. Ich habe das gerade in vier Bereichen deutlich gemacht. Guten Argumenten, auch von der Opposition, stehen wir immer offen gegenüber. Wir sind auch lernfähig. Wer verschließt sich prinzipiell guten Argumenten? Aber

die guten Argumente hätten dann auch in einer solchen Debatte geliefert werden müssen. Ich habe davon nur sehr wenige bis gar keine gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben ja noch die zweite Lesung. Da geht es dann ins Detail. Im Dezember dieses Jahres haben wir auch noch die dritte Lesung. Dann werden wir uns die Vorschläge der Opposition genau ansehen.

Der Landeshaushalt der NRW-Koalition von CDU und FDP ist auf jeden Fall generationengerecht, und er gestaltet auf jeden Fall die Zukunft. Ich schließe mit dem Satz, mit dem ich begonnen habe: Es ist ein Haushalt von Verantwortung, von Vernunft und von Vertrauen in die Menschen und in die Zukunft dieses Landes. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende, Herr Wagner, das Wort. Bitte schön.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

„Die von der Landesregierung aufgezeigten Einsparungen im Haushalt 2018 von rund 131 Millionen Euro sind unzureichend.“

Unzureichend – das stellt der Landesrechnungshof in seinem Bericht zu Ihrer Haushaltsvorlage fest, und zwar völlig zu Recht. Gerade einmal 0,18 % spart die Landesregierung ein. Um das einmal in Zahlen zu verdeutlichen, die sich auch der normale Bürger noch vorstellen kann, nenne ich folgendes Beispiel: Das wäre so, als hätten Sie einen Jahresverdienst von 75.000 Euro und würden von diesen 75.000 Euro gerade einmal 130 Euro einsparen.

Herr Finanzminister, wenn das Ihr großer haushaltspolitischer Wurf ist, ist das lachhaft. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall von der AfD)

Ich zitiere erneut:

„Der Landesrechnungshof hält eine strengere Haushaltskonsolidierung für geboten. Sich dadurch ergebende finanzielle Spielräume sind zur Gegenfinanzierung notwendiger Investitionen in Sachanlagen einzusetzen.“

Eingeplante

„Überschüsse sind vorrangig zum Abbau der Verschuldung zu verwenden.“

„Bei allen Maßnahmen muss die Einhaltung der Schuldenbremse strikt sichergestellt sein.“

Die Präsidentin des Rechnungshofes, der ich im Namen meiner Fraktion an dieser Stelle für ihre engagierte Arbeit herzlich danke, ergänzt – ich zitiere weiter –:

Die in der Haushaltsrechnung ausgewiesene fortgeltende Kredtermächtigung für 2017 von rund 8 Milliarden Euro reduzierte das Ministerium der Finanzen um gerade einmal 29,5 Millionen Euro. Dem Petition des Landesrechnungshofes, die fortgeltende Kredtermächtigung noch weiter zu reduzieren, wurde nicht gefolgt.

Herr Laschet, Herr Lienenkämper, wofür haben wir eigentlich den Landesrechnungshof? Haben wir ihn dafür, dass Sie seine Ratschläge und Feststellungen einfach übergehen? Das Übergehen von Experten scheint bei Ihnen eine Art Masche zu sein, ob vom Bund der Steuerzahler oder vom Landesrechnungshof – ganz wie vorher bei Rot-Grün. Mit der Arroganz der Macht lassen Sie sich keine Zeit. Die haben Sie schon im ersten Amtsjahr.

Bei dieser Arroganz und Ignoranz ist es auch kein Wunder, dass Schwarz, Rot, Grün und Gelb mittlerweile in trauriger Altparteien-Eintracht 145 Milliarden Euro Landesschulden angehäuft haben – Schulden noch für unsere Kinder, Enkel und Urenkel.

(Beifall von der AfD)

Sie kommen wenigstens ohne Neuverschuldung aus. Aber woran liegt das? Befragen wir noch einmal den unabhängigen Sachverstand des Landesrechnungshofs. Ich zitiere:

Diese Entwicklung ist in erster Linie zurückzuführen auf günstige Rahmenbedingungen, einige Sondereffekte und Maßnahmen – und jetzt kommt es –, die zur Haushaltsbelastung für die Zukunft führen, also zur Belastung für unsere Kinder und Kindeskinde.

(Beifall von der AfD)

In diesem Zusammenhang sind unter anderem zu nennen: erhebliche Steuererhöhungen, deutlich gesunkene Zinsausgaben, geringere Zuführungen an den Pensionsfonds, Tausende unbesetzte Personalstellen, nicht vollständig verausgabte Investitionsmittel, Kredtermächtigungen für Risikofonds und Finanzierungen über Kredite der NRW.BANK, für die das Land langfristig Schuldendiensthilfen gewährt.

Ihre schwarze Null ist eine griechische Null.

(Beifall von der AfD)

Weil die etablierte Politik an der ökonomischen Fehlkonstruktion des Euros partout nichts ändern will, wird dem Volk der Sparer und Lebensversicherten der Zins auf sein sauer verdientes Geld genommen. Aber das stört Sie nicht; denn schließlich sinken auch die Zinsen auf Ihre Schulden. Nur deshalb können Sie hier mit einer schwarzen griechischen Null daherkommen. Aber tun Sie bitte nicht so, als sei dies die

Folge von echter Landespolitik und von wirklichem Willen, mit dem Geld der arbeitenden Bevölkerung sorg- und sparsam umzugehen.

(Beifall von der AfD)

Diese Nullzinspolitik sorgt in fataler Weise auch dafür, dass die Kapitalanleger nun schon seit Jahren in den Wohnungsmarkt ausweichen – in der Hoffnung, wenigstens dort noch etwas Rendite zu erzielen. Der heiß umkämpfte Immobilienmarkt sorgt nun – das ist ja ganz logisch – für massive Preissteigerungen, die sich dann auch auf die Mieten niederschlagen.

Wissen Sie eigentlich, wie viele Mittelschichtsfamilien ihre Umzugspläne begraben, weil sie eine neue Wohnung samt neuem Mietvertrag nicht mehr bezahlen können? Diese Menschen sind keine Politiker, die über ihr Gehalt selber bestimmen, sondern müssen mit dem Einkommen auskommen, das ihnen die Politik überhaupt noch übrig lässt.

Aber das scheint Sie hier im Haus nicht zu interessieren. Nein, zusätzlich holen Sie auch noch unberechtigt Millionen Menschen in das Land und damit auf den Wohnungsmarkt und heizen so die Preisspirale immer weiter an, und das zulasten der Menschen. Diese Politik ist ignorant und unsozial.

(Beifall von der AfD)

Ignorant und unsozial ist es auch, den Haushalt auf Kosten der Beschäftigten in den Behörden zu sanieren. Unzählige Planstellen werden einfach nicht besetzt. Sie verbuchen das dann als Minderausgabe. Die Arbeit muss aber trotzdem geleistet werden, und zwar von den Mitarbeitern, die die Arbeit der Neueinstellten miterledigen müssen, also den Mitarbeitern, denen gegenüber Sie eine Fürsorgepflicht haben – ich muss wohl besser sagen: hätten.

Ganz ehrlich: Ist es Ihnen eigentlich gar nicht peinlich, dass Nordrhein-Westfalen als einwohnerstärkstes Bundesland am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängt? Es muss doch das klar erklärte Ziel einer Regierung sein, sich nicht noch Geld von den Steuerzahlern anderer Bundesländer erbetteln zu müssen, sondern auf eigenen Beinen zu stehen.

Eine Landesregierung unter der Führung der AfD würde das jedenfalls sofort sicherstellen. Wir wollen ein NRW, das stolz auf sich sein kann, und wir wollen ein NRW, das sich selbst finanziert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Wir wollen auch ein NRW, das sich in Sachen Kohle und Energiesicherheit nicht die Butter vom Brot nehmen lässt.

Herr Laschet, Ihr Parteifreund Pofalla hat nun durchgestochen, dass es angeblich einen Kohleausstieg

im Jahr 2038 geben wird. Das tut er, bevor die Kohlekommission überhaupt angefangen hat, zu arbeiten.

Diese Kohlekommission gibt es übrigens nur, weil sich die Politik lieber hinter angeblich unabhängigen Kommissionen verschanzt, anstatt selbst und direkt Verantwortung zu übernehmen. Franz Josef Strauß brauchte keine Kommission, um den Strukturwandel in Bayern zu schaffen. Genau deshalb würden Männer wie er heute auch die AfD wählen.

(Beifall von der AfD)

Aber zurück zu der ominösen Kohlekommission: Wer ist da eigentlich Mitglied? – Politiker der alten Parteien. Nicht in dieser Kommission hingegen sitzen Vertreter der Tagebaubetreiber. Auch das ist ein wiederkehrender Stil der alten Parteien, dieser politischen Klasse: Sie reden lieber über die Betroffenen als mit ihnen.

(Beifall von der AfD)

Die AfD steht klar für bezahlbaren Strom und Energiesicherheit. Wir stehen daher auch zur Braunkohle als wichtigstem heimischem Energieträger. Ein eventueller Ausstieg darf nicht öko-ideologischen Maßstäben folgen, sondern muss ruhig, besonnen und strategisch geplant vonstattengehen – lieber ein paar Jahre länger, als schon wieder neue, unbezahlbare Verwerfungen zu produzieren: Die völlig vermurkste und milliardenteure Energiewende ist schon abschreckend genug. Wir von der AfD sind die Einzigen, die die ungerechte Energiewende ersatzlos streichen würden.

(Beifall von der AfD)

Ersatzlos streichen würde ich auch gerne Meldungen darüber, dass auf Polizisten uriniert wird, dass sie mit Fäkalien beworfen oder mit Stahlkugeln beschossen werden, so wie es die angeblichen Aktivisten tun, die linksradikalen Straftäter, die im Hambacher Forst in Baumhütten ein Grundstück besetzen, das ihnen nicht gehört. Machen Sie das mal als normaler Bürger. Dann werden Sie schon sehen, was Sie davon haben.

In diesem Haus ist eine Partei vertreten, die diese Aktivisten auch noch hofiert. – Frau Düker, wann distanzieren sich die Grünen endlich von diesen Gesetzesbrechern?

(Beifall von der AfD – Zuruf von der AfD: Nie!)

Natürlich haben wir Verständnis und Sympathie für Menschen, denen es um den Erhalt von Bäumen und Wäldern geht. Aber wo sind die eigentlich, wenn hektarweise Wald für Windräder gerodet wird? Da würde ich die auch mal gerne sehen.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben heute wieder viel parteipolitisches Klein-Klein zum Haushalt gehört: Die SPD ist dagegen, die CDU ist dafür und andersherum. Die Grünen sind auch dagegen, hoffen aber auf eine Beteiligung an der nächsten schwarz-gelb-grünen Regierung usw. usf. Beiden, Rot und Grün, fällt es sichtlich schwer, die Mitte-links-Politik der schwarz-gelben Landesregierung als noch nicht links genug zu kritisieren. Sie alle, ob CDU, SPD, Grüne oder FDP, tummeln sich im Bereich der linken Mitte bis weit nach links außen.

Das nehmen nicht nur die Bürger so wahr – die Umfragen beweisen es –, Sie selbst nennen sich alle zusammen die „progressiven Kräfte“, wie uns die Unionsabgeordnete Frau Wermer vor Kurzem an dieser Stelle offenbarte. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Das ist natürlich völlig legitim und ganz allein Ihre Sache. Ich will mir auch gar nicht Ihren Kopf darüber zerbrechen, dass nun fünf Parteien um die 30 % der Wähler links der Mitte konkurrieren. Aber wer in Nordrhein-Westfalen nicht links von der Mitte denkt, der findet nur noch eine einzige Partei, die das Feld der bürgerlichen Mitte und der demokratischen Rechte abdeckt: Das sind wir, das ist die AfD.

(Beifall von der AfD)

Wer die, zumindest verbal vertretenen, Positionen von Horst Seehofer oder Alexander Dobrindt außerhalb Bayerns schätzt, hat nur eine Wahl: Das ist die AfD.

(Beifall von der AfD)

Wäre ich, wie einige meiner Vorredner, in erster Linie Parteipolitiker, bliebe mir nur, lieber Herr Laschet, Ihnen zu danken. Auch im Namen der AfD könnte ich Ihnen Danke sagen. Denn wenn ich mir ansehe, warum so viele Bürger zu unseren Veranstaltungen kommen, und wenn ich mit den vielen Neumitgliedern der AfD spreche und sie frage: „Warum kommen Sie zu uns? Was motiviert Sie, zur AfD zu kommen?“, stelle ich fest, dass neben den positiven Gründen, wie dem Erhalt des Rechtsstaats, der Demokratie und unseres Landes, eben auch immer wieder Frau Merkel und Sie, Herr Laschet, die personifizierten Gründe dafür sind, warum sich die Menschen von der CDU, ja von der gesamten Einheit der selbst ernannten „progressiven Kräfte“ abwenden. Sie treiben uns die Menschen regelrecht zu.

(Beifall von der AfD)

Herr Laschet, es kann ja sein, dass Sie die Rede von Horst Seehofer, in der er die Migration als „Mutter aller politischen Probleme“ bezeichnet hat, an Saddam Hussein erinnert hat – wie Sie gesagt haben, um Ihrer Schwesterpartei CSU erneut in den Rücken zu fallen. Aber vielleicht hat der Bundesinnenminister, wie Stefan Aust vermutet, doch eigentlich von der „Mutti aller Probleme“ gesprochen – Ihrer Mutti Mer-

kel, an die Sie sich gekettet haben und deren politisches Ende nun Gott sei Dank absehbar ist. Aber – und das ist nun fast schon etwas Richtiges im Falschen – Sie bleiben ihr treu bis in den politischen Tod. Nicht einmal Ihren eigenen NRW-Bundestagsabgeordneten Brinkhaus unterstützen Sie gegen den zwar abgehalfterten, aber Merkel-treuen Paladin Kauder in der Unionsbundestagsfraktion.

Das Konservative sei kein Markenkern der CDU, sagen Sie –

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

ehrlich gesagt, zu Recht. Es ist tatsächlich kein Markenkern der Union mehr. Das haben Sie uns überlassen, und wir nehmen es natürlich gerne an. Im Gegensatz zu Ihnen sage ich ganz deutlich: Das Konservative gehört zum Markenkern der AfD.

(Beifall von der AfD)

Was Sie hingegen zum Markenkern von NRW machen wollen, ist der Islam. Der gehöre zu Deutschland und zu NRW, so fabulieren Sie ausgerechnet zur Eröffnung der DITIB-Moschee in Aachen. Kein Wunder, dass die DITIB Sie als Starredner zur Einweihung der Erdogan-treuen Moschee in Köln präsentiert. Jetzt wollen Sie angeblich doch nicht hingehen. Wir erwarten allerdings endlich eine klare und eindeutige Distanzierung der Landesregierung von Erdogan und DITIB. Für die AfD-Fraktion ist eindeutig: Die DITIB kann kein Partner für Nordrhein-Westfalen sein.

(Beifall von der AfD)

Für uns ist auch ganz klar, Herr Laschet, Nein, der Islam gehört nicht zu Deutschland.

(Beifall von der AfD)

Als einzige Kraft in diesem Landtag stellt sich die AfD gegen die zunehmende Islamisierung unserer Heimat. Wie die Mehrheit der Bürger wollen wir keine Burkas, keine Zwangsheiraten, keine Ehrenmorde und erst recht keine Scharia. Natürlich gehören assimilierte Menschen mit muslimischem Hintergrund zu uns, das ist keine Frage – nicht nur, weil viele von ihnen mit der AfD sympathisieren. Aber wenn Sie, Herr Laschet, und der Rest des Hauses so sicher sind, dass Sie die Menschen durch Ihr Multikulti-mitder-Brechtstange beglücken, wie wäre es dann mal mit einer Volksabstimmung darüber?

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie das Wesen unseres Landes derart verändern wollen, sollte doch wohl der Bürger gefragt werden. Aber das ist Ihnen natürlich zu demokratisch. Das ist den demokratischen Fraktionen dieses Hauses zu demokratisch; denn sie wissen ganz genau, wie krachend ihre Niederlage wäre.

Aber eine Partei, die immer nur Angst vor dem Volk hat, bleibt auch keine Volkspartei; die SPD weiß ein

Lied davon zu singen. Sie sollten über die Thematik einmal mit den türkisch- und arabischstämmigen Mädchen und Frauen reden, die sich unter teilweise unvorstellbaren Bedingungen aus dieser rückständigen Kultur befreien. Da erfahren Sie vermutlich mehr über das Wesen, das dieser Religion offenbar auch immanent ist, als bei Ihren Treffen mit den Chefs der Islamverbände.

Oder lesen Sie den neuen Bestseller von Thilo Sarrazin, ein Sozialdemokrat, den seine eigene Partei nun erneut auszuschließen gedenkt. Klar, wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd oder die Gedankenpolizei des SPD-Vorstandes. Dabei hätte die SPD mit Sarrazin wahrscheinlich nicht nur 16 oder 17 % in den Umfragen, und möglicherweise läge sie wenigstens in einigen Landstrichen auch mal wieder vor uns, aber Sie siechen augenblicklich lieber weiter in Richtung 5-%-Hürde. Sie werden immer weniger.

(Beifall von der AfD)

Wir sind mehr – das versuchen Sie sich jetzt schon selbst zu versichern. CDU, SPD, Grüne, FDP und linksextreme Antifa zusammen sind mehr als die AfD. Das jubeln Sie sich ernsthaft und etwas autosuggestiv zu. Das ist, ehrlich gesagt, schon belustigend: Sie, die alten, verbrauchten Parteien zusammen, hoffen, dass Sie immer noch etwas mehr sind als wir junge neue Partei alleine.

Herr Laschet, keine Angst, nominal sind Sie noch etwas mehr als wir. Und klar: Mehr sind Sie auf jeden Fall in den Redaktionsstuben der Medien, deren Auflagen ständig sinken. Mehr sind Sie in den Apparaten der Amtskirchen, deren Mitgliederzahlen ständig sinken. Aber fragen Sie die Bürger. Schon jetzt sind Sie weniger als wir, wenn es um die Haltung zu Fragen der Abschiebung, der Islamisierung, des Erhalts unserer Ordnung und unseres Landes geht. Ja, da ist Ihre Angst vor dem Machtverlust berechtigt, denn da sind wir jetzt schon mehr.

(Beifall von der AfD)

Die erste Rede zum eingebrachten Haushalt ist ja immer vor allem auch eine Generalabrechnung. Wir leben in Zeiten, in denen eine solche Abrechnung nötiger ist denn je, in Zeiten, in denen in der gesamten demokratisch verfassten Welt die Bürger gegen ihre alten Eliten aufstehen, ja sich von ihnen abwenden: in Italien, in Polen, in den USA, in Ungarn, in Österreich; die Liste ließe sich fortführen. Das ist eigentlich ein historisch und soziologisch ganz normaler Prozess, so wie beispielsweise die 68er die alten Eliten der Nachkriegszeit, also die, die unser Land wieder aufbauten, die uns unsere Verfassung gaben, ablösen wollten und es jetzt auch bis zum Erbrechen geschafft haben.

So schlägt nun aber das Pendel wieder zurück – in die Mitte. Nachdem Post-68 den grünen Virus gebar, der erst die SPD und nun selbst die CDU infiziert und

entkernt hat, sehen die Menschen das Ergebnis mit Schrecken. Sie wollen keinen Verlust ihrer Identität, keinen Verlust ihrer Heimat und ihrer Sicherheit, und sie wollen keine verbohrt Kaste von Politikern, die nicht zu ihren offensichtlichen Fehlern steht und sie korrigiert. So etwas funktioniert nie, zumindest nicht lange.

(Beifall von der AfD)

Und was tun die abgewirtschafteten Pseudoeliten, wenn ihre Macht zu schwinden droht? – Sie schlagen um sich wie Ertrinkende. Sie suchen, alle noch verfügbaren lauterer und unlauteren Machtressourcen zum Einsatz zu bringen, um das Unvermeidliche aus ihrer Sicht abzuwenden, objektiv damit aber nur noch zu befördern. Um den bevorstehenden Machtverlust zu behindern, bringen sie die Redakteure der regierungsnahen Medien in Stellung. Sie erhöhen die Zuschüsse für Parteien und Fraktionen auf Kosten der Steuerzahler. Sie beleidigen, hetzen und spalten das Land. Sie vergehen sich an den Institutionen. Sie wollen den Verfassungsschutz, also den Inlandsgeheimdienst, gegen uns missbrauchen.

Und wer nicht mitmachen will, der soll, wie Herr Maaßen nach oben, entsorgt werden, übrigens eine Posse sondergleichen, die Schwarz und Rot in Berlin wieder abgeliefert haben.

(Beifall von der AfD)

Herr Söder, der bayerische Ministerpräsident, der demnächst seine absolute Mehrheit verlieren wird, faselt von Milizen, also bewaffneten Kräften, die die AfD hätte. Man kann eigentlich nur noch den Kopf schütteln, denn Sie, Herr Laschet, twittern ihm seine Zustimmung zu diesen dreisten Wahlkampflügen.

Der entgleiste Schulz-Zug imaginiert im Bundestag den Faschismus herbei. Die SPD'lerin Michaela Engelmeier meint mit tränenerstickter Stimme zu wissen, dass die AfD gerade mit Fackeln durch das Brandenburger Tor marschiert.

(Heiterkeit von der AfD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich muss mir so langsam eine Liste der verrücktesten Vorwürfe gegen die AfD machen. Was sich hier in diesem Land abspielt, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall von der AfD)

Ihre Angst vor dem Machtverlust, Ihre Angst vor dem Verlust der Deutungshoheit scheint Sie langsam im Wortsinne verrückt zu machen. Schon jetzt hat weder die hiesige Landesregierung noch die Bundesregierung laut Umfragen eine Mehrheit im Volk hinter sich.

Und jetzt wollen Sie auch noch rechtswidrig den Inlandsgeheimdienst auf uns ansetzen. Das ist Ihr Offenbarungseid. Einmal abgesehen davon, dass wir

dagegen natürlich klagen und gewinnen werden, haben Sie ja auch schon gegen die konservative Wochenzeitung „JUNGE FREIHEIT“ vor dem Verfassungsgericht verloren. Sie können sich diese Klatsche gerne noch einmal von uns abholen samt dem weiteren Zuwachs, der daraus für uns resultieren wird.

Dagegen, dass Sie sich, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte, als Parteien den Staat zur Beute gemacht haben, gehen immer mehr Bürger in die Opposition. Wenn Sie jetzt aber meinen, dass Ihre Antwort darauf ist, sich nun auch noch staatliche Institutionen wie den Verfassungsschutz zur Beute zu machen, dann viel Spaß.

Ohnehin ist Ihr Verhältnis zum Staat erodiert. Ihr Staatsversagen, das Sie in der ersten Woche im September 2015 möglicherweise aus Naivität oder falsch verstandenem Gutmenschentum an den Tag gelegt haben, kann man jetzt, drei Jahre danach, nur als bewusstes und gewolltes Versagen bezeichnen. Sie versagen beim Grenzschutz, Sie versagen bei Abschiebungen, Sie versagen beim Schutz unserer Bevölkerung. Dahingegen versagen Sie nicht beim Hetzen gegen Regierungskritiker und Dissidenten.

(Beifall von der AfD)

Wir wollen keine andere Republik, sondern die der Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, die Sie verraten. Wir wollen kein anderes Land. Wir wollen das Deutschland, das Sie abschaffen, erhalten. Sie verraten den antitotalitären Grundkonsens. Der Bundespräsident ruft gar zur Teilnahme an Veranstaltungen auf, auf denen Texte zum Besten gegeben werden, deren linksextreme Gewaltverherrlichung ich hier nicht einmal zitieren will. Sie verbiegen sogar manches Mal die Wahrheit, und das alles, um Ihre bürgerferne Politik fortzusetzen.

Wozu das führt, haben wir in den letzten Tagen in Chemnitz beobachten müssen. Zwei sogenannte Flüchtlinge stechen auf drei Einheimische – mit Migrationshintergrund übrigens – ein. Ein Mensch, Daniel H., kommt ums Leben, die beiden anderen werden schwer verletzt.

Der bis gestern tatverdächtige Yousif A. hätte bei ordentlichen Grenzkontrollen gar nicht im Land sein dürfen. Er hätte aber zumindest, da unberechtigt in unserem Land, ausgewiesen werden müssen, so der Staat sein eigenes Recht und Gesetz überhaupt noch ernst nähme. Er hätte, wo schon Grenzsicherungen und Abschiebungen unterblieben, im Gefängnis sitzen können; denn er war in seiner kurzen Zeit in Deutschland, wo er angeblich Schutz suchte, bereits mehrfach vorbestraft worden – zur Bewährung natürlich, das ist klar.

Wie in einem Brennglas zeigen sich hier die Probleme, die die Bürger zu Recht auf die Palme bringen:

wieder ein Opfer, welches es nicht hätte geben müssen, welche es nicht hätte geben dürfen. Man kann sie kaum noch zählen, auch in NRW.

Die ganze Hilflosigkeit, Herr Reul, haben Sie in der „Bild“-Zeitung, die heute eine sogenannte Brandrede von Ihnen veröffentlicht hat, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Beifall von der AfD)

Am nächsten Tag dann gehen die Bürger vor Ort auf die Straße. Man muss dazu wissen, dass das Chemnitzer Stadtfest schon im letzten Jahr aus Angst vor Gewalttaten vorzeitig abgebrochen wurde. Man muss dazu wissen, dass sich in Chemnitz manche Bürger zu bestimmten Zeiten nicht mehr an bestimmte Orte trauen – fast schon so wie in Nordrhein-Westfalen. Man muss dazu wissen, dass laut der eher linken Regionalzeitung „Freie Presse“ in Chemnitz immer häufiger Sexualdelikte zur Meldung gebracht werden.

In dieser Gemengelage gehen nun also Bürger auf die Straße. Darunter mischen sich Asoziale, Extremisten und gewaltbereite Fußballfans; das sollen etwa 50 von 900 Demonstranten gewesen sein. Daraus wird dann – man kann sich des Eindrucks nicht erwehren –, um von der Primärtat abzulenken, medial und regierungsamtlich eine sogenannte Hetzjagd, die es aber, wie der „FOCUS“, die „Freie Presse“, der sächsische Generalstaatsanwalt und der Ministerpräsident Sachsens übereinstimmend sagen, gar nicht gab.

Damit wir uns richtig verstehen: Nazi-Idioten, Heil-Hitler-Schreihälse und tatsächliche Rassisten verurteile ich, verurteilen wir auf das Allerschärfste. Sie gehören bekämpft.

(Beifall von der AfD)

Sie gehören genauso bekämpft wie linksextreme Antifa und sogenannte Autonome, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Jede Form der Gewalt, jeder Ansatz zur vermeintlichen Selbstjustiz muss bekämpft, ermittelt und verteilt werden. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat, und da hat es zu bleiben.

(Zuruf von Minister Dr. Joachim Stamp)

Aber der Staat muss dieses Gewaltmonopol auch ausüben. Er muss es ausüben, er muss Recht und Gesetz durchsetzen. Er darf einen Freiraum für das verständnisvolle Empfinden von Bürgern, es könne schon richtig sein, selbst für Ordnung zu sorgen, nicht zulassen, indem er zum Beispiel den Täter gar nicht erst einreisen lässt, ihn aber zumindest abschiebt.

Meine Damen und Herren, es muss auch Schluss damit sein, dass diejenigen, die die Missstände benennen, härter angegangen werden als die Missstände selbst.

(Beifall von der AfD)

Missstände haben wir in NRW dank der schwarzen und roten Vorgängerregierungen nun wirklich mehr als genug. Wie oft fahre ich durch Funklöcher, in die nächsten Schlaglöcher oder stehe endlos im Stau? Glasfaserkabel haben nicht einmal 10 % der Haushalte und Unternehmen. Um nichts wird sich richtig gekümmert. Die Infrastruktur zerfällt. Dafür war nie genug Geld da.

Aber für ihre schamlose Selbstbedienung ist Geld da: sage und schreibe 89 % mehr für die Abgeordnetenmitarbeiter und noch einmal 25 % mehr für die Fraktionen. Der Bürger steht morgens auf, um zu arbeiten und die Kinder zu versorgen. Sie stehen als Räuber und Wegelagerer bereit, um seine Steuergelder für sich selbst einzusacken.

(Beifall von der AfD)

Kein Geld ist hingegen für die genuinen Aufgaben des Landes da. Menschen haben sich unter anderem deswegen Staaten gegeben, um die innere Sicherheit und die äußere Sicherheit zu delegieren. Sie zahlen Steuern und sind dem Staat treu, auch weil der die Grenzen schützt und Unbefugte draußen hält, so wie der Mieter eben auch seine Haustür und seine Wohnungstür bezahlt, damit er sicher leben kann.

Sie von SPD, Grünen, FDP, CDU und allen voran Armin Laschet haben diesen Vertrag, diese Vereinbarung mit dem Bürger aufgekündigt. Sie wollen weiterhin sein Geld, aber Sie wollen die Basisleistung eines Staates nicht mehr erbringen. Auch deswegen haben Sie zu Recht keine Mehrheit mehr.

(Beifall von der AfD)

Ein genauso gutes Beispiel für irrationale Kurzsichtigkeit und Ignoranz ist der falsch verstandene Digitalisierungswahn an den Schulen, dem auch die FDP verfallen ist. Wie sagen Sie immer noch so gerne auf „Denglisch“? – Digital first, Bedenken second. Da stehen einem schon die Haare zu Berge, wenn man das nur sieht. Das Bedenken, also das Reflektieren eines Sachverhaltes, macht aber den intelligenten Menschen aus, meine Damen und Herren von der FDP. So einfach ist das.

(Beifall von der AfD)

Internationale Studien belegen doch zur Genüge, dass digitale Medien keine nennenswerte Steigerung des Lernniveaus erbracht haben. Sie belegen ebenfalls, dass die Qualität des Unterrichts auch mit digitalen Medien am Ende des Tages nach wie vor und ausschließlich von der Lehrpersönlichkeit abhängt. Selbst eine Lobbystudie der Telekom zieht den Schluss – ich zitiere –:

„Die Sonderauswertung hat auch gezeigt, dass Staaten, die in den letzten Jahren verstärkt in die Ausstattung der Schulen investiert haben, in den vergangenen zehn Jahren keine nennenswerten Verbesserungen der Schülerleistungen in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften erzielen konnten. Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an.“

Der Direktor einer der teuersten Privatschulen Australiens empfiehlt traditionelle Unterrichtsmethoden statt Digitalisierungswahn; er ist ja auch Praktiker. Trotz der klaren wissenschaftlichen Erkenntnisse in lernpsychologischer Hinsicht ist die Ministerin nach wie vor davon überzeugt, Digitalisierung sei der Heilsbringer für unsere Schülerinnen und Schüler. Für den Digitalpakt wird ein Volumen von rund 5 Milliarden Euro auf fünf Jahre vorgesehen. Betroffen sind in etwa 40.000 Schulen bundesweit. Das sind 25.000 Euro pro Schule.

Fakt ist, dass der Digitalpakt lediglich 18 % der tatsächlichen Kosten abdeckt. Bei der Anschaffung von Tablets belaufen sich die Kosten pro Schule dann auch schnell mal auf 240.000 bis 350.000 Euro – lediglich für die Hardware, der weitere Schnickschnack ist noch gar nicht berechnet.

Der Digitalpakt deckt dann nach Berechnungen von Herrn Professor Lankau nur noch 7 % bis 10 % der Kosten ab. Und dafür wollen Sie ein weiteres Stück Erfolgsgeschichte unseres Landes aufgeben, nämlich den föderativen Charakter Deutschlands.

Meine Damen und Herren, als AfD-Fraktion bekennen wir uns klar zur föderativen Geschichte und Gegenwart unseres Landes. Ich sehe aber schon Zeiten kommen, in denen auch das Föderale und Subsidiäre dem Vorwurf des Rechtspopulismus anheimfällt.

(Beifall von der AfD)

Dann gibt es noch den sogenannten Integrationsminister Joachim Stamp. Er wollte, anders als es klassischerweise üblich ist, unbedingt das Thema „Abschiebung“ in seinem Haus haben – wie sich zeigte, ein fataler Fehler. Von über 70.000 Ausreisepflichtigen in Nordrhein-Westfalen werden nicht einmal 10 % abgeschoben. Nicht einmal 10 %, meine Damen und Herren, und Sie wundern sich über den Erfolg der AfD.

Auch die Lage bei den Gefährdern bekommen Sie, anders als mein Vorredner es darzustellen versucht hat, nicht in den Griff. Einmal abgesehen davon, dass die AfD schon lange ein Gesetz zur Gefährdungswahrsamnahme vorgelegt hat, den Sie natürlich abgelehnt haben, ist die Lage besorgniserregend.

Die Zahl der Islamisten steigt und steigt. Allein in NRW haben wir jetzt 272 Gefährder und 156 relevante Personen aus dem islamistischen Spektrum. Abgeschoben wurde ganze fünf – ganze fünf! Das ist also Ihre erfolgreiche Politik zur Abschiebung von Gefährdern? Meine Damen und Herren, das ist lächerlich. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht so gefährlich und nicht so traurig wäre.

(Beifall von der AfD)

Ganze fünf sind es auch deshalb, weil viele nicht abschiebbar sind, nachdem Sie ihnen den deutschen Pass gaben, nachdem Sie unser Staatsangehörigkeitsrecht so sehr beschädigt haben und den deutschen Pass nicht mehr als Krönung einer erfolgreichen Integration und Assimilation verleihen, sondern einfach möglichst viele in Ihren Altraum von einer ach so bunten Republik einbürgern wollen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf ist wahrlich kein großer Wurf. Er ist ambitionslos – weder wird gespart noch getilgt. Das ist nicht schön. Schlimmer aber ist, was Sie mit unserem Land anrichten: Sie spalten, Sie polarisieren, Sie grenzen aus, Sie hetzen.

(Beifall von der AfD – Lachen von Dr. Christos Georg Katzidis [CDU])

Aber uns bleibt die Maxime „Etiam si omnes, ego non“, frei übersetzt: Auch wenn alle mitmachen – ich nicht! Wir werden nicht weichen, und wir werden immer mehr. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Wagner für die Fraktion der AfD. – Nun hat Herr Finanzminister Lienenkämper um das Wort gebeten, das er selbstverständlich auch erhält. Bitte schön, Herr Minister.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Den Ministerpräsidenten interessiert die Debatte gar nicht!)

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es ausdrücklich, dass die heutige Haushaltsdebatte zu einer Generaldebatte über die Politik in Nordrhein-Westfalen geworden ist. Das tut diesem Hohen Hause gut und gibt mir Veranlassung, zu zwei Themenkomplexen etwas zu sagen, zu denen ich in der Haushaltsrede nichts ausgeführt habe.

Erstens handelt es sich um das Thema „Klimaschutz“. Frau Kollegin Düker ist aus verständlichen Gründen gerade nicht hier, aber ihr Vorwurf war, RWE säße am Kabinettstisch der Koalition in Nordrhein-Westfalen – die Firma RWE.

Ich will ein paar Bemerkungen dazu machen, wie wir unsere Energiepolitik verstehen: Wir wollen Versorgungssicherheit für Nordrhein-Westfalen. Dabei haben wir die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens im Blick, übrigens auch den Standort Nordrhein-Westfalen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rheinischen Revier tätig sind, die ihre Lebensplanung zum Teil auf den Beschlüssen, die Rot und Grün zur Braunkohle getroffen haben, aufgebaut haben. Die setzen wir nun um.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte eine Botschaft für all diejenigen aussprechen, die Zweifel daran hegen: Nordrhein-Westfalen hat gesetzlich festgelegte hohe Klimaschutzziele: 25 % CO₂-Einsparungen bis 2020, 80 % CO₂-Einsparungen bis 2050. Die kurze Botschaft an alle, die es hören wollen und verstehen, lautet: Wir werden diese Ziele erreichen und übererfüllen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens eine Bemerkung zu Ihrem Beitrag, lieber Herr Kollege Kutschaty: Sie haben unserem Kollegen Stamp vorgeworfen, er habe seine Behörde angewiesen, das Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen zu belügen. Als Jurist und ehemaliger Justizminister wissen Sie ganz genau, dass das eine Tatsachenbehauptung war.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Entweder belegen Sie diese, oder Sie entschuldigen sich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Finanzminister Lienenkämper. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Zimkeit das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Markus Wagner [AfD]: Uns bleibt auch nichts erspart!)

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme der Aufforderung des Kollegen Löttgen, noch etwas zu sagen, natürlich sehr gern nach. Das ist auch notwendig, um einigen finanzpolitischen Legendenbildungen vorzubeugen.

Herr Löttgen, Sie haben eine historische Betrachtung gemacht und sozusagen mich für die hohe Neuverschuldung mit in Haftung genommen. Ich bin 2010 in diesen Landtag gekommen. Was ich vorfand, war ein gerade abgearbeiteter Haushalt 2009, den die Kollegen Lienenkämper und Laschet aus dem Kabinett vorgelegt und den Sie mit beschlossen haben.

(Christof Rasche [FDP]: Finanzkrise! Weltfinanzkrise!)

Dieser Haushalt hat mit 6 Milliarden Euro Schulden abgeschlossen. Das war Ihr Erbe, das ich 2010 antreten durfte.

(Christof Rasche [FDP]: Unfassbar!)

Seitdem wurde diese Neuverschuldung Schritt für Schritt abgebaut, bis sie 2016 zu einem Überschuss geführt hat. Dann kamen Sie wieder an die Regierung und haben neue Schulden gemacht.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die finanzpolitische Wahrheit ist doch, dass Sie nicht mit Geld umgehen können!

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Hinzu kommt – das geben Sie doch selbst zu –: Wenn man in Ihrer eigenen mittelfristigen Finanzplanung Einmaleffekte herausrechnet, dann machen Sie 500 Millionen Euro neue Schulden machen. Schauen Sie sich die Finanzplanung mal an. Sie haben sie zwar spät vorgelegt, aber das wird Ihnen trotzdem nicht durchgehen. Das steht in der Finanzplanung, die Herr Lienenkämper vorgelegt hat. Das ist die finanzpolitische Wahrheit und nicht die Legende vom Schuldenabbau, die Sie hier stricken wollen.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir dann noch auf den vorgetäuschten Schuldenabbau von 30 Millionen Euro zu sprechen. Ich war kürzlich in Kiel bei der Konferenz der finanzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktionen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Als ich dort darüber berichtet habe, dass NRW plant, einen Überschuss von 30 Millionen Euro zu erzielen, gab es mehrere Zwischenrufe: „Du meinst 300 Millionen Euro?“

Die Kollegin aus dem Saarland sagte: Wir schaffen 80 Millionen Euro, da könnt ihr doch nicht ernsthaft über 30 Millionen Euro sprechen. – Ich habe dann erklärt, dass das die traurige Wahrheit in NRW ist: Eine schwarz-gelbe Regierung, die den Schuldenabbau immer zur Priorität erklärt hat, schafft nur 30 Millionen Euro – gerade mal ein Drittel des Saarlands. – Das gibt auch Auskunft über Ihre finanzpolitische Kompetenz, und das zeigt, dass Ihre Versprechen nichts gelten.

Herr Laschet hat versprochen, er wolle dieses Land in die Champions League führen. Finanzpolitisch reicht es noch nicht einmal für die Kreisklasse.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Bleiben wir bei der Legendenbildung. Herr Löttgen, Sie haben die Frage der WestLB angesprochen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ich habe doch „WestLB“ gar nicht gesagt! Da sieht man mal, wie Sie zuhören!)

Sie haben das als wirklich problematisches Verfahren dargestellt. Glauben Sie mir: Damit kenne ich mich ein bisschen besser aus als Sie, denn ich war in dem Untersuchungsausschuss. Aber Sie haben ja etwas Richtiges gesagt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Nein, zur WestLB habe ich gar nichts gesagt!)

– Entschuldigung, das war Herr Lienenkämper.

(Bodo Löttgen [CDU]: Na, sehen Sie!)

Ihre abwechselnd falschen Behauptungen wechseln sich so schnell ab, dass es nicht immer auseinanderzuhalten ist. Dann war es ja noch schlimmer.

Der Finanzminister, der es wirklich besser wissen sollte, hat zu Recht gesagt: Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise wurde NRW nachgesagt, dass es noch kaputte Papiere kaufe. Wann war denn der Höhepunkt der Finanzkrise? Der ist jetzt zehn Jahre her. Wer hat denn da in diesem Land regiert? Herr Lienenkämper, als diese Entscheidungen getroffen wurden, haben Sie doch selbst am Kabinettsstisch gesessen. Jetzt tun Sie so, als ob nur andere dafür die Verantwortung tragen würden. Das ist nicht redlich und zeigt, dass es bei Ihnen nicht funktioniert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Rasche hat sich für die FDP mit Fragen der Sozialpolitik auseinandergesetzt – das macht mich immer ganz nervös. Er hat versucht, die Legende einer Sozialpolitik zu stricken, die von der FDP kommt.

(Christof Rasche [FDP]: Sie leben ja auch im letzten Jahrhundert!)

Bei der Wohnungsbaupolitik haben Sie das besonders ad absurdum geführt. Wenn ich Ihr Beispiel mit den Posten umdrehe, kann ich nur sagen: WestSpiel zeigt sehr deutlich, dass Sie privatisieren wollen, damit Ihre Gönner, wie Herr Gauselmann, sich bedienen können.

(Ralf Witzel [FDP]: So ein Blödsinn!)

Das wäre der Umkehrschluss Ihrer Behauptungen zu dem, was Sie uns in Köln vorgeworfen haben. Das ist ebenfalls unredlich.

Sozialpolitisch lässt sich lediglich festhalten, dass Sie es zum Höhepunkt Ihrer Sozialpolitik erklären, dass die Landesregierung den Wohlfahrtsverbänden zum Schein 2 Millionen Euro wegnimmt – wenn ich Sie richtig verstanden habe –, damit Sie das nachher mit einem Haushaltsantrag wieder korrigieren können. Wenn Sie das für Sozialpolitik halten, zeigt das ganz klar, dass Sie wirklich die Koalition der sozialen Kälte sind.

Fakt ist doch, dass Herr Lienenkämper und Herr Laschet mit der Gießkanne durchs Land reisen und Herr Laumann den Sparkommissar geben muss – das ist ein sozialpolitischer Skandal.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, als Sie sagten, dass Sie Gas geben würden, haben Sie eine Analogie aus dem Themenbereich „Autofahren“ gewählt. Ich habe den Eindruck, dass Sie in einem alten Diesel sitzen, der vom Fahrverbot bedroht ist. Damit werden Sie nicht vorwärtskommen – und das zeichnet Ihre Finanzpolitik aus.

Sie betreiben eine Haushaltspolitik, die unsolide ist, weil sie Schuldenabbau vortäuscht. Sie ist unsozial, weil sie ausgerechnet im sozialen Bereich kürzt. Sie ist perspektivlos – und das ist schlecht für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Zimkeit. – Nun hat sich Herr Rasche noch einmal zu Wort gemeldet; der Fraktionsvorsitzende der FDP hat das Wort. Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf diesen Redehöhepunkt möchte ich kurz reagieren.

Es war jetzt bereits mehrfach die Rede von „Legendenbildung“ bei Kabinett, Regierung und Koalition.

(Lachen von Daniel Sieveke [CDU] und Bodo Löttgen [CDU])

Was verbindet man denn mit dem Begriff „Legendenbildung“? – Damit suggeriert man den Zuhörern, es ginge um Unwahrheiten oder Halbwahrheiten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Richtig, recht haben Sie!)

Außerdem suggeriert man, dass derjenige, der das behauptet – in diesem Fall Herr Zimkeit –, vor umfassender Wahrheit geradezu strahlen würde.

Im Jahr 2008 und 2009 musste Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister aufgrund der Weltwirtschafts- bzw. Weltfinanzkrise genau die gleiche Politik betreiben wie wir hier. Wir mussten die Finanzplanung völlig neu aufbauen, mussten in ganz Deutschland Konjunkturpakete mit Steuergeldern per Kredit von Bund und Ländern schnüren. All das hat zu der Kreditaufnahme geführt – und das, nachdem wir Mitte 2008, nachweislich im Finanzausschuss dargestellt, vor einem ausgeglichenen Haushalt standen.

Ausgerechnet Herr Zimkeit, der uns Legendenbildung vorwirft, vergisst, diesen ganzen Sachverhalt zu schildern. Er verbreitet Unwahrheiten gegenüber

den Wählerinnen und Wählern, den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das waren keine Wahrheiten – das war Legendenbildung pur. Das hatte mit Wahrheit nichts zu tun, das war völlig unseriös. So bekommt man die neue SPD nicht auf die Beine, Herr Kollege!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rasche. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Teil der Aussprache nicht vor; daher schließe ich diese.

Ich rufe nun die Einbringung des Entwurfs des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 auf. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte schön.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Immer mit dem Haushaltsentwurf für das Folgejahr wird auch der Entwurf der Gemeindefinanzierung vorgelegt. Insofern legen wir Ihnen einen Entwurf vor, der mit rund 12,1 Milliarden Euro für das Jahr 2019 eine Rekordzuweisung an die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen beinhaltet.

Damit profitieren die Städte und Gemeinden im Wesentlichen und im Besonderen von der wirklich sehr guten und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen.

Vor diesem Hintergrund haben wir mehrere Veränderungen vorgenommen, die ich Ihnen kurz erläutern möchte.

Noch von der Vorgängerregierung vor dem Hintergrund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs in Auftrag gegeben liegt uns das sogenannte sofi-Gutachten vor, dessen Autoren vorschlagen, an vielen Stellen Veränderungen in der Gemeindefinanzierung für die 396 Städte und Gemeinden vorzunehmen; unter anderem bezüglich der Frage, wie dieses Modell überhaupt berechnet wird.

Deswegen haben wir mit der Gemeindefinanzierung 2019 einen Berechnungsmodellwechsel vorgenommen, weg von der bisherigen Pooled-OLS-Methode hin zu einer robusten Regression. Das betone ich ausdrücklich, auch wenn es sehr technisch ist.

Damit sind die beiden Berechnungen 2018 und 2019 schon inhaltlich nicht miteinander vergleichbar; abgesehen von den weiteren Veränderungen, die wir vorgenommen haben.

